

# **Referentenentwurf**

## **der Bundesregierung**

### **Vierte Änderungsverordnung zur Integrationskursverordnung**

#### **A. Problem und Ziel**

Die Integration Zugewanderter stellt angesichts stetiger Zuwanderung eine Daueraufgabe dar. Einen wesentlichen Beitrag leistet der Integrationskurs als staatliches Grundangebot gemäß § 43 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet – Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Die Erreichbarkeit des Integrationskurses für Teilnahmeberechtigte sicherzustellen, ist daher ein zentrales Anliegen der Bundesregierung und als Ziel im Rahmen des Koalitionsvertrages der 20. Legislaturperiode festgehalten. Hürden sollen daher weiter abgebaut werden.

Um nach dem Eintritt in einen Integrationskurs auch eine erfolgreiche Teilnahme sicherzustellen, ist ein hochwertiger Unterricht zu gewährleisten. Insofern sind die Bedingungen für Teilnehmende zu verbessern und weitere Fortentwicklungen bei der Kursqualität notwendig.

Ziel des Integrationskurses ist es, den Ausländern unter anderem die Sprache in Deutschland erfolgreich zu vermitteln. Ausländer sollen dadurch mit den Lebensverhältnissen im Bundesgebiet so weit vertraut werden, dass sie ohne die Hilfe oder Vermittlung Dritter in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens selbständig handeln können. Der Integrationskurs umfasst daher einen Sprachkurs zur Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse. Zugewanderten, die nicht ordnungsgemäß am Sprachkurs teilgenommen haben und das Sprachzielniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens nicht erreichen, ist eine Zulassung zur Wiederholung des Sprachkurses im Umfang von 300 Unterrichtseinheiten bisher verwehrt. Dies widerspricht integrationspolitischen Zielen.

Um für Teilnehmende einen Anreiz für einen schnellen und erfolgreichen Abschluss des Integrationskurses zu setzen, sieht die Integrationskursverordnung die Möglichkeit einer hälftigen Kostenbeitragsrückerstattung beim Nachweis einer erfolgreichen Kursteilnahme innerhalb von zwei Jahren vor. Die Frist ist jedoch einheitlich für alle Kursarten festgelegt, und differenziert noch nicht danach, ob Teilnehmende an einem Kurs mit 700 oder 1000 Unterrichtseinheiten teilgenommen haben.

Der Integrationskurs dient darüber hinaus der Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, Kultur und Geschichte in Deutschland. Der Umfang der Unterrichtseinheiten im Orientierungskurs sollte in allen Kursarten angesichts der Bedeutung des Orientierungskurses identisch sein, dies ist jedoch im Hinblick auf den Intensivkurs noch nicht gegeben.

Die Erfahrungen, die das für die Durchführung der Integrationskurse zuständige Bundesamt seit der Einführung der Integrationskurse gemacht hat, machen zudem Klarstellungen in der Integrationskursverordnung, insbesondere hinsichtlich der Kosten sowie der Abrechnung, erforderlich. Zum anderen hat sich gezeigt, dass in einigen Bereichen Vereinfachungen angezeigt sind.

Zudem soll die Digitalisierung auch im Integrationskursbereich weiter kontinuierlich vorangetrieben werden, von der Ermöglichung von Online-Kursen in allen Kursarten bis hin zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen.

Aus der Evaluation des Pilotprojektes „Optimierte Integrationskurszusteuering“ haben sich Klarstellungsbedarfe hinsichtlich der jeweiligen Zuständigkeiten der beteiligten Behörden sowie Ergänzungen bei der Übermittlung hierfür erforderlichen Daten ergeben.

Des Weiteren besteht formaler Anpassungsbedarf, u.a. hinsichtlich zeitlich überholter Regelungen.

## **B. Lösung, Nutzen**

Um die Erreichbarkeit der Integrationskurse zu verbessern, werden neue Kostenbefreiungstatbestände eingeführt und Online-Kurse auch bei den Spezialkursen ermöglicht. Hinsichtlich der Kostenbefreiung soll insbesondere eine sog. Geringverdienendenregelung eingeführt werden, bei der beschäftigte Teilnehmereberechtigte mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von nicht über 20.000 Euro (40.000 Euro bei gemeinsam Veranlagten) auf Antrag von der Beitragspflicht befreit werden.

Zur Förderung einer nachhaltigen Kursteilnahme wird eine allgemeine Rechtsgrundlage für kursbegleitende Maßnahmen eingeführt. Zudem wird die ordnungsgemäße Teilnahme an einem Integrationskurs als Voraussetzung zur Wiederholungszulassung gestrichen und den Teilnehmern insofern eine „zweite Chance“ zugestanden. Die Bedingungen für Teilnehmende werden auch insofern verbessert, als dass Teilnehmende an den Spezialkursen mit größerem Stundenumfang ihren Kostenbeitrag zu 50% erstattet bekommen, wenn sie eine erfolgreiche Teilnahme innerhalb von drei (statt bisher zwei) Jahren nachweisen.

Zur Verbesserung der Bedingungen für Lehrende werden im Rahmen der Entscheidung über Folgezulassungsanträge von Kursträgern künftig nicht nur die bisherigen Erfahrungen mit der Kooperation des Trägers mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu berücksichtigen sein, sondern auch bereits erfolgte Verkürzungen der Zulassungsdauer aufgrund des Unterschreitens der vom BAMF festgelegten Vergütungsuntergrenze für Honorarlehrkräfte.

Gleichzeitig sollen zwecks Qualitätssicherung des Integrationskurses Lehrkräfte künftig ihre persönliche Eignung nachweisen müssen und eine Vorschrift zum Widerruf der Lehrkräftezulassung aufgenommen werden.

Die Stundenzahl des Orientierungskurses wird auch im Intensivkurs von 30 Unterrichtsstunden auf 100 Unterrichtsstunden erhöht, um den Teilnehmenden eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Inhalten zu ermöglichen und die Bedeutung des Orientierungskurses hervorzuheben.

Die Digitalisierung wird insoweit vorangetrieben, als dass neben der Aufhebung der Beschränkung von Online-Kursen nur für allgemeine Integrationskurse und Intensivkurse auch Verwaltungsleistungen digitalisiert werden.

Im Rahmen des Pilotprojektes „Optimierte Integrationskurszusteuering“ erprobte BAMF zwischen 2016 und 2021 an zuletzt 27 Standorten ein Verfahren, mithilfe dessen die Zusteuering von Teilnehmenden in Integrationskurse optimiert und dadurch die bedarfsbezogene Passgenauigkeit der Einstufungen sowie die Eintrittsquote in die Integrationskurse insgesamt erhöht und der Zeitraum von der Teilnehmereberechtigung bzw. -verpflichtung bis zum Kursbeginn verkürzt werden sollten. Die Evaluierung des Projektes hat den Mehrwert eines solchen Verfahrens unter bestimmten Voraussetzungen bestätigt. Es soll daher in unterschiedlichen Ausprägungen bundesweit zum Einsatz kommen können. Hierfür sind entsprechende Rechtsgrundlagen zu schaffen, insbesondere im Hinblick auf die Zuständigkeiten der beteiligten Behörden, sowie die Übermittlung der hierfür notwendigen Daten.

## C. Alternativen

Keine.

## D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Finanzielle Mehrausgaben (+) /Minderausgaben (-) Bund (jährlich)

	2023	2024	2025	2026	2027
Mehrausgaben in Tausend Euro	+ 7329,5	23.076,750	24.509	24.509	24.509
Minderausgaben In Tausend Euro	- 561	561	561	561	561
<b>Jährliche Mehr- ausgaben insgesamt in Tausend Euro</b>	<b>+ 6.768,5</b>	<b>22.515,750</b>	<b>23.948</b>	<b>23.948</b>	<b>23.948</b>

Die Mehrausgaben für den Bund sind im Gesamthaushalt auszugleichen.

Den Ländern entstehen jährliche Mehrausgaben in Höhe von rund 164 000 Euro.

## E. Erfüllungsaufwand

### E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Der Zeitaufwand für Bürgerinnen und Bürgern verringert sich insgesamt um rund 94 000 Stunden. Insbesondere durch die Einführung bzw. Ausweitung von Online-Kursangeboten entfallen Wegezeiten von rund 120 500 Stunden. Zusätzlicher Zeitaufwand in Höhe von rund 26 000 Stunden entsteht Kursteilnehmenden aufgrund einer Ausweitung des Kursumfangs von Orientierungskursen in Intensivkursen.

Zudem verringert sich der Sachaufwand um rund 24 700 000 Euro. Ausschlaggebend sind neue Kostenbefreiungstatbestände für Integrationskursteilnehmende.

### E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht im Einzelfall geringfügiger Erfüllungsaufwand.

### E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung erhöht sich der jährliche Erfüllungsaufwand um rund 24 112 000 Euro. Davon entfallen 23 948 000 Euro an jährlichen Erfüllungsaufwand auf den Bund und 164 000 Euro an jährlichen Erfüllungsaufwand auf die Länder (inkl. Kommunen).

## **F. Weitere Kosten**

Für die Wirtschaft, einschließlich mittelständische Unternehmen, entstehen durch den Verordnungsentwurf keine Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

# Verordnungsentwurf der Bundesregierung

## Vierte Änderungsverordnung zur Integrationskursverordnung

Vom ...

Es verordnen auf Grund

- des § 43 Absatz 4 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes, der zuletzt durch Artikel 49 Nr. 2 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, die Bundesregierung,
- des § 9 Absatz 1 Satz 6 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2007 (BGBl. I S. 1902), das Bundesministerium des Innern und für Heimat:

### Artikel 1

#### Änderung der Integrationskursverordnung

Die Integrationskursverordnung vom 13. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3370), die zuletzt durch Artikel 26 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4a wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Kinderbetreuung“ durch die Wörter „Kinderbetreuung, kursbegleitende Maßnahmen“ ersetzt.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Das Bundesamt gewährt Teilnahmeberechtigten, die nach § 9 Absatz 2 von der Kostenbeitragspflicht befreit worden sind, bei Bedarf auf Antrag einen Zuschuss zu den notwendigen Fahrtkosten.“

bb) Die folgenden Sätze 3 und 4 werden angefügt:

„Der Antrag auf Fahrtkostenzuschuss ist vor Beginn des Kursabschnitts zu stellen, ab dem Fahrtkosten gewährt werden sollen.“

Das Bundesamt kann hiervon in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.“

c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Das Bundesamt kann kursbegleitende Maßnahmen fördern, die eine nachhaltige Teilnahme am Integrationskurs unterstützen. Das Bundesamt kann festlegen, unter welchen Voraussetzungen Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und andere entsprechend geeignete Fachkräfte sowie Fachdozentinnen und Fachdozenten mit der Durchführung kursbegleitender Maßnahmen nach Satz 1 betraut werden dürfen. Das Bundesamt kann ferner festlegen, dass die kursbegleitende Maßnahme in einem Online-Format durchgeführt werden darf.“

2. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.

bb) Satz 4 wird gestrichen.

b) Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Vorrangig zu berücksichtigen sind insbesondere:

1. Ausländer, die einen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs hatten, aber bislang nicht teilgenommen haben,
2. deutsche Staatsangehörige sowie Unionsbürger und deren Familienangehörige, die nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen.“

c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Teilnahmeberechtigte, die nach Ausschöpfung des individuellen Stundenkontingents im Sprachkurs ohne Erfolg am Sprachtest nach § 17 Abs. 1 Nr. 1 teilgenommen haben, können zur einmaligen Wiederholung von maximal 300 Unterrichtsstunden des Sprachkurses zugelassen werden.“

bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Bei Teilnahmeberechtigten, die am Ende des Sprachkurses an einem Kurs nach § 13 Abs. 1 Nr. 3 teilgenommen haben sowie in anderen begründeten Einzelfällen kann das Bundesamt auf die Voraussetzung der erfolglosen Teilnahme am Sprachtest nach § 17 Abs. 1 Nr. 1 vor Erteilung der Zulassung zur Wiederholung verzichten.“

3. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Folgender Satz 2 wird neu eingefügt:

„Die Anmeldung kann im Einzelfall auch beim Bundesamt erfolgen.“

bb) In dem neuen Satz 6 werden die Wörter „Bildungsstand sowie zu den Kenntnissen der deutschen Sprache“ ersetzt durch die Wörter „Bildungsstand, zu den Kenntnissen der deutschen Sprache, zum Bedarf einer Kinderbeaufsichtigung sowie zur zeitlichen Verfügbarkeit hinsichtlich des Kursbesuchs“.

b) Absatz 3 werden folgende Sätze 4 und 5 angefügt:

„In diesen Fällen leiten die zuständigen Stellen gemäß § 6 Teilnahmeberechtigte zum Bundesamt zum Zwecke der Sicherstellung eines zeitnahen Kursbeginns zu, wenn das Bundesamt die zuständige Stelle dazu auffordert.

Mit der Bestätigung nach § 5 oder § 6 teilt die zuständige Stelle den Teilnahmeberechtigten zugleich einen Termin für den Einstufungstest mit.“

- c) In Absatz 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Kursträger“ die Wörter „oder nach § 7 Absatz 1 Satz 2 des Bundesamt“ eingefügt.

4. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden nach den Wörtern „verpflichtet hat“ die Wörter „ , sowie in den Fällen des § 7 Absatz 3 Daten zur Teilnahme am Termin zur Einstufung“ eingefügt.

- b) Absatz 3 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Auf Personen, die vor Zulassung zur Wiederholung nach § 5 Absatz 5 zur Teilnahme am Integrationskurs verpflichtet waren, findet Satz 2 für die Teilnahme an der Wiederholung von maximal 300 Unterrichtsstunden des Sprachkurses entsprechende Anwendung.“

5. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Kostenbeitrag“ die Wörter „an das Bundesamt“ gestrichen und nach den Wörtern „der 50 Prozent des“ die Wörter „zum Zeitpunkt der Anmeldung zum Integrationskurs nach § 7 Abs. 1 Satz 1“ eingefügt.

- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Von der Pflicht, einen Kostenbeitrag zu leisten, befreit das Bundesamt auf Antrag und gegen Vorlage eines aktuellen Nachweises Teilnahmeberechtigte,

1. die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen,
2. die Arbeitslosengeld nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch beziehen,
3. die beschäftigt sind und deren zu versteuerndes Jahreseinkommen den Betrag von 20.000 Euro oder bei gemeinsam Veranlagten 40.000 Euro nicht übersteigt.

Das Bundesamt kann Teilnahmeberechtigte auf Antrag von der Kostenbeitragspflicht befreien, wenn diese für den Teilnahmeberechtigten unter Berücksichtigung seiner persönlichen Umstände und wirtschaftlichen Situation eine unzumutbare Härte darstellen würde. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung kann das Bundesamt in bestimmten Fällen vom Antragserfordernis absehen. Teilnahmeberechtigte, die von der Kostenbeitragspflicht befreit wurden, sind verpflichtet, dem Bundesamt unverzüglich mitzuteilen, wenn ihnen die Leistungen oder Hilfen nach Satz 1 nicht mehr gewährt werden oder die Umstände weggefallen sind, die zur Annahme einer unzumutbaren Härte nach Satz 2 geführt haben.“

- c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Anspruchsberechtigt hinsichtlich des Kostenbeitrags gemäß Abs. 1 ist das Bundesamt. Der dem Bundesamt zustehende Kostenbeitrag für einen Kursabschnitt ist an die Träger des Integrationskurses zum Beginn des Kursabschnitts zu entrichten. Kostenbeiträge nach Abs. 1 werden bei der Abrechnung des Kostenerstattungssatzes nach § 20 Abs. 6 durch das Bundesamt in Abzug gebracht.“

- d) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Wörter „nach Ausstellung der Teilnahmeberechtigung nach § 5 Absatz 3 und § 6 Abs. 1“ durch die Wörter „nach erstmaliger Ausstellung einer Teilnahmeberechtigung“ ersetzt.
  - bb) Folgender Satz 2 wird angefügt:

„Bei Teilnahmeberechtigten, die einen Kurs nach § 13 Abs. 1 erfolgreich im Sinne des § 17 Abs. 2 absolviert haben, beträgt die Frist nach Satz 1 drei Jahre.“
6. In § 11 Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 15 Absatz 1 oder 2“ durch die Angabe „§ 15 Absatz 1“ ersetzt.
7. § 13 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt geändert:
    - aa) Es wird folgende Nr. 4 eingefügt:

„4. die nicht oder nicht ausreichend in lateinischer Schrift lesen oder schreiben können (Zweitschriftlernerkurs),“.
    - bb) In der neuen Nr. 5 wird das Wort „(Förderkurs)“ gestrichen.
  - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 wird die Angabe „430“ durch die Angabe „500“ ersetzt.
    - bb) In Satz 3 wird die Angabe „30“ durch die Angabe „100“ ersetzt.
8. § 14 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Zahl der Kursteilnehmer soll in einer Kursgruppe 20 Personen nicht überschreiten. Maximal dürfen 25 Personen an einem Kurs teilnehmen. Die Kursgruppe soll möglichst Teilnehmer mit unterschiedlichen Muttersprachen umfassen. Für Integrationskurse nach § 13 können vom Bundesamt kleinere Kursgruppen vorgesehen werden.“
  - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden die Wörter „nach § 10 Absatz 1 und § 13 Absatz 2“ gestrichen.
    - bb) In Satz 2 werden die Wörter „Absatz 2 Satz 1 und 2“ durch die Wörter „Absatz 2 Satz 1 bis 3“ ersetzt.
  - c) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „auf Verlangen“ die Wörter „auch vor Abschluss des Integrationskurses“ eingefügt.
    - bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Verlangt ein Teilnehmer die Bescheinigung vor Abschluss des Integrationskurses, ist die Teilnahme ordnungsgemäß, wenn er so regelmäßig im Kurs anwesend ist, dass ein Kurserfolg möglich ist.“



cc) Folgender Satz 3 wird eingefügt:

„Verlangt ein Teilnehmer die Bescheinigung nach Abschluss des Integrationskurses, ist die Teilnahme im Falle einer nicht erfolgreichen Teilnahme dennoch ordnungsgemäß, wenn er so regelmäßig im Kurs anwesend war, dass ein Kurserfolg möglich gewesen wäre und er am Abschlusstest nach § 17 Abs. 1 teilgenommen hat.“

9. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Lehrkräfte, die im Integrationskurs unterrichten, müssen über eine Zulassung des Bundesamtes verfügen. Das Bundesamt kann auf Antrag eine Zulassung zur Lehrtätigkeit in Integrationskursen erteilen, wenn folgende Voraussetzungen nachgewiesen werden:

1. erfolgreich abgeschlossenes Studium Deutsch als Fremdsprache oder Deutsch als Zweitsprache oder eine vom Bundesamt anerkannte gleichwertige fachliche Qualifikation,
2. mindestens Deutschkenntnisse auf dem Sprachniveau C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen, wobei das Bundesamt festlegen kann, welche Nachweise anerkannt werden,
3. eine für die Vermittlung der Ziele nach § 3 Absatz 1 Nr. 2 ausreichende fachliche Qualifikation, wobei das Bundesamt festlegen kann, wie diese Qualifikation nachzuweisen ist,
4. persönliche Eignung für die Vermittlung der Ziele nach § 3 Absatz 1.

Dem Antrag ist zur Berücksichtigung im Rahmen der Prüfung der persönlichen Eignung nach Satz 1 Nummer 4 ein Bekenntnis des Antragstellenden zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland beizufügen.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Für die Unterrichtung von Alphabetisierungskursen ist eine ergänzende Zulassung notwendig. Sie muss beim Bundesamt beantragt werden. Die Zulassung für die Unterrichtung von Alphabetisierungskursen kann vom Bundesamt erteilt werden, wenn eine ausreichende fachliche Qualifikation und Eignung nachgewiesen wird.“

c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Das Bundesamt kann bestimmen, dass Lehrkräfte für die Unterrichtung in Online-Kursen gemäß § 14 Absatz 3 eine vom Bundesamt anerkannte ausreichende Qualifikation und Eignung zur Unterrichtung in Online-Kursen vorweisen müssen. Das Bundesamt kann festlegen, dass gegenüber dem Bundesamt ein bestimmter Nachweis zu erbringen ist.“

d) In Absatz 4 wird folgender Satz 2 angefügt

„Das Bundesamt lässt die Einrichtungen zu, die Zusatzqualifizierungen des Bundesamtes anbieten.“

e) In Absatz 5 Satz 3 werden die Wörter „oder 2“ gestrichen.

10. Nach § 15 wird folgender § 15a eingefügt:

„§ 15a

Widerruf und Erlöschen der Zulassung als Lehrkraft

(1) Die Zulassung ist mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, wenn ihre Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, insbesondere wenn begründete Zweifel an der persönlichen Eignung bestehen, die eine erfolgreiche Vermittlung der Ziele des Integrationskurses nach § 3 Absatz 1 nicht erwarten lassen. §§ 48 und 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleiben unberührt.

(2) Mit Rücknahme oder Widerruf der Zulassung als Lehrkraft nach § 15 Absatz 1 erlischt die ergänzende Zulassung nach § 15 Absatz 2 ebenfalls.“

11. § 16 wird wie folgt gefasst:

„Lehr- und Lernmittel für den Integrationskurs können auf Antrag vom Bundesamt zugelassen werden.“

12. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„Der Nachweis des Sprachniveaus B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen kann neben dem „Deutsch-Test für Zuwanderer“ auch durch andere Sprachnachweise erbracht werden. Die Anerkennung von Sprachnachweisen nach Satz 2 setzt voraus, dass

1. es sich um eine standardisierte Sprachprüfung zur Feststellung des Sprachniveaus B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen handelt, die vom Bundesamt anerkannt ist,
2. das Erreichen mindestens des Sprachniveaus B1 aus dem Nachweis hervorgeht,
3. der Sprachnachweis spätestens bei der Anmeldung des Teilnehmenden beim Träger vorgelegt wird und
4. dieser zum Zeitpunkt der Anmeldung beim Träger nicht älter als ein Jahr ist.“

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird nach den Wörtern „mit dem“ das Wort „schriftlichen“ eingefügt.

bb) Es wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Die Ausstellung in elektronischer Form ist ausgeschlossen.“

cc) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „nach den Sätzen 1 bis 3“ durch die Wörter „nach den Sätzen 1,3 und 4“ ersetzt.

13. § 19 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Buchstabe a werden die Wörter „Strafverfahren, staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren und Gewerbeuntersagungen“ durch die Wörter „Strafverfahren und staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren“ ersetzt.
  - bb) In Buchstabe b werden die Wörter „wenn sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt während dieser Zeit überwiegend im Ausland hatten,“ gestrichen.
  - b) In Nummer 4 wird nach den Wörtern „widerrufen wurde“ der Punkt durch ein Komma ersetzt.
  - c) Es wird eine folgende Nummer 5 angefügt:
    - „5. einen aktuellen Auszug aus dem Gewerbezentralregister.“
  - d) Es wird folgender Satz 2 angefügt:
    - „Das Bundesamt kann darüber hinaus auch einen Nachweis über die Gewerbeanzeige nach der Gewerbeordnung fordern, der entbehrlich ist bei Vorlage eines Auszugs aus dem Vereins- oder Handelsregister, welcher die Eintragung in das Vereins- oder Handelsregister ausweist.“
14. § 20 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 2 werden nach den Wörtern „mit dem Bundesamt“ die Wörter „einschließlich bereits erfolgter Verkürzungen der Zulassungsdauer nach Absatz 2 Satz 4“ eingefügt.
  - b) Absatz 6 wird folgender Satz 2 angefügt:
    - „Einzelheiten regelt das Bundesamt in einer Abrechnungsrichtlinie.“
15. In § 20a Absatz 2 Nummer 4 werden die Wörter „Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „Bundesministerium des Innern und für Heimat“ ersetzt.
16. § 20b Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 Nummer 1 wird die Angabe „§ 14 Absatz 6 Satz 4“ durch die Angabe „§ 14 Absatz 6 Satz 5“ ersetzt.
  - b) Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:
    - „Die §§ 48 und 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleiben unberührt.“
17. In § 21 Absatz 2 werden die Wörter „Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat“ durch die Wörter „Bundesministerium des Innern und für Heimat“ ersetzt.
18. § 22 wird wie folgt gefasst:
- „(1) § 5 Absatz 3 Satz 4 in der Fassung bis zum 31. Januar 2023 findet für Zulassungen Anwendung, die bis zum Ablauf des 31. Januar 2023 erteilt wurden.
  - (2) § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3 gilt für Teilnahmberechtigte, denen ab dem 01.05.2023 erstmals eine Teilnahmberechtigung ausgestellt wurde.

(3) Die dreijährige Frist für die Erstattung von 50 Prozent des Kostenbeitrages gemäß § 9 Absatz 6 Satz 2 gilt für Teilnahmeberechtigte, denen ab dem 1. Februar 2023 erstmals eine Teilnahmeberechtigung ausgestellt wurde.

(4) Der Orientierungskurs in Intensivkursen umfasst bei Beginn eines Intensivkurses vor dem 01.05.2024 abweichend von § 13 Absatz 2 Satz 3 nur 30 Unterrichtsstunden. Der Intensivkurs umfasst in diesem Fall abweichend von § 13 Absatz 2 Satz 1 insgesamt 430 Unterrichtsstunden.“

## **Artikel 2**

### **Inkrafttreten**

(1) Die Verordnung tritt vorbehaltlich des Absatz 2 am 1. Februar 2023 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nummer 3 und 4 treten zum 1. Mai 2023 in Kraft.

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

#### **I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen**

Die Integration Zugewanderter stellt angesichts stetiger Zuwanderung eine Daueraufgabe dar. Einen wesentlichen Beitrag leistet der Integrationskurs als staatliches Grundangebot gemäß § 43 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet - Aufenthaltsgesetz. Die Erreichbarkeit des Integrationskurses für Teilnahmeberechtigte sicherzustellen, ist daher ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Insbesondere für beschäftigte EU-Bürgerinnen und EU-Bürger mit geringem Einkommen stellt beispielsweise die Kostenbeitragspflicht für den Integrationskurs immer noch eine faktische Hürde für die Teilnahme am Integrationskurs und den Spracherwerb dar. Die Ermöglichung von Online-Kursen in allen Kursarten soll ebenfalls die Erreichbarkeit der Integrationskurse verbessern.

Um nach dem Eintritt in einen Integrationskurs auch eine erfolgreiche Teilnahme sicherzustellen, ist ein hochwertiger Unterricht zu gewährleisten. Insofern sind Fortentwicklungen bei der Kursqualität notwendig. Dafür sind neben der Möglichkeit kursbegleitender Maßnahmen auch unter anderem Anpassungen bei der Lehrkräftezulassung erforderlich. Gleichzeitig sind aber auch Anreize zu setzen, damit Lehrkräfte unter guten Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit nachgehen können.

Zugewanderte, die das Sprachzielniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens nicht erreichen und nicht ordnungsgemäß am Sprachkurs teilgenommen haben, ist eine Zulassung zur Wiederholung des Sprachkurses im Umfang von 300 Unterrichtseinheiten verwehrt. Dies widerspricht integrationspolitischen Zielen.

Um für Teilnehmende einen Anreiz für einen schnellen und erfolgreichen Abschluss des Integrationskurses zu setzen, sieht die Integrationskursverordnung die Möglichkeit einer hälftigen Kostenbeitragsrückerstattung beim Nachweis einer erfolgreichen Kursteilnahme innerhalb von zwei Jahren vor. Die Frist zur hälftigen Kostenbeitragsrückerstattung ist unabhängig von der Kursart auf zwei Jahre festgelegt. Dies führt vor allem bei den im Vergleich zum allgemeinen Integrationskurs und Intensivkurs länger dauernden Spezialkursen wie zum Beispiel dem Alphabetisierungskurs oder Elternkurs nicht immer zu sachgerechten Ergebnissen, sodass Anpassungsbedarf besteht.

Der Integrationskurs dient darüber hinaus der Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, Kultur und Geschichte in Deutschland. Angesichts der Bedeutung des Orientierungskurses sollten diesen auch Teilnehmende eines Intensivkurses im gleichen Umfang wie Teilnehmende anderer Kursarten besuchen dürfen. Derzeit ist nur im Intensivkurs der Stundenumfang in Höhe von 30 Unterrichtseinheiten statt 100 Unterrichtseinheiten vorgesehen.

Die Erfahrungen, die das für die Durchführung der Integrationskurse zuständige Bundesamt seit der Einführung der Integrationskurse gemacht hat, machen zudem Klarstellungen in der Integrationskursverordnung, insbesondere hinsichtlich der Kosten sowie der Abrechnung, erforderlich. Zum anderen hat sich gezeigt, dass in einigen Bereichen Vereinfachungen angezeigt sind.

## **II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs**

Zur Förderung einer nachhaltigen Kursteilnahme wird eine allgemeine Rechtsgrundlage für kursbegleitende Maßnahmen eingeführt. Zudem wird die ordnungsgemäße Teilnahme an einem Integrationskurs als Voraussetzung zur Wiederholungszulassung gestrichen und den Teilnehmern insofern eine „zweite Chance“ zugestanden. Die Bedingungen für Teilnehmende werden auch insofern verbessert, dass Teilnehmende an Spezialkursen ihren Kostenbeitrag zu 50% erstattet bekommen, wenn sie eine erfolgreiche Teilnahme innerhalb von drei (statt bisher zwei) Jahren nachweisen.

Zur Verbesserung der Bedingungen für Lehrende werden im Rahmen der Entscheidung über Folgezulassungsanträge von Kursträgern daher künftig nicht nur die bisherigen Erfahrungen mit der Kooperation des Trägers mit dem BAMF zu berücksichtigen sein, sondern auch bereits erfolgte Verkürzungen der Zulassungsdauer aufgrund des Unterschreitens der vom Bundesamt festgelegten Vergütungsuntergrenze für Honorarlehrkräfte. Dadurch soll ein weiterer Anreiz zur Berücksichtigung der Vergütungsuntergrenze für Honorarlehrkräfte gesetzt werden.

Gleichzeitig sollen Lehrkräfte künftig ihre persönliche Eignung nachweisen, eine Vorschrift zum Widerruf der Zulassung aufgenommen werden und das Bundesamt soll zudem bestimmen dürfen, dass die Lehrkraft für die Unterrichtung in Online-Kursen eine ausreichende Qualifikation und Eignung zur Unterrichtung in Online-Kursen vorweisen muss. Die Maßnahmen dienen der Qualitätssicherung.

Die Stundenzahl des Orientierungskurses wird auch im Intensivkurs von 30 Unterrichtseinheiten auf 100 Unterrichtseinheiten erhöht, um den Teilnehmenden eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Inhalten zu ermöglichen.

Zur Schaffung einer Möglichkeit der bundesweiten Umsetzung eines Verfahrens zur Zuweisung von Teilnehmenden in Integrationskurse in verschiedenen Ausprägungen werden die entsprechenden Rechtsgrundlagen geschaffen, insbesondere im Hinblick auf die Zuständigkeiten der beteiligten Behörden, sowie die Übermittlung der hierfür notwendigen Daten.

## **III. Alternativen**

Keine.

## **IV. Regelungskompetenz**

§ 43 Absatz 4 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes ermächtigt die Bundesregierung, die Einzelheiten des Integrationskurses durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates zu regeln.

## **V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen**

Der Verordnungsentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland geschlossen hat, vereinbar.

## **VI. Regelungsfolgen**

### **1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung**

Der Entwurf sieht an verschiedenen Stellen eine Verwaltungsvereinfachung vor. Das Bundesamt kann künftig in bestimmten Fällen eine Kostenbefreiung ohne Antragserfordernis vornehmen. Auch mit der Möglichkeit der elektronischen Zulassungsbescheinigung erfolgt eine Verwaltungsvereinfachung. Mit den vorgesehenen, klarstellenden Änderungen erfolgt zudem eine Rechtsvereinfachung.

### **2. Nachhaltigkeitsaspekte**

Der Verordnungsentwurf steht im Einklang mit dem Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Mit dem Verordnungsentwurf werden wichtige Zielsetzungen der Strategie der Bundesregierung für eine nachhaltige Entwicklung aufgegriffen. So werden wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft und Beschäftigung geschaffen, indem insbesondere Regelungen zur verbesserten Erreichbarkeit des Kurses sowie zur Qualitätssicherung vorgesehen sind. Damit wird dem Ziel einer hochwertigen Bildung entsprochen.

### **3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

#### **Finanzielle Ausgaben Bund:**

Die Einführung der neuen Kostenbefreiungstatbestände in § 9 Absatz 2 IntV-E führt zu geschätzten Mehrausgaben von jährlich 24.161.000 Euro für den Bund bei Annahme von jährlich 15.000 neuen Integrationskursteilnehmenden, die von einem Kostenbeitrag in Höhe von derzeit 2,29 Euro pro Unterrichtseinheit (UE) befreit werden und deren Anträge vom BAMF zu bearbeiten sind (vgl. auch Erfüllungsaufwandschätzung Vorgabe 4.3.7). Die Kosten können sich fiskalisch (hinsichtlich der Kosten für die Kostenbefreiung) über bis zu drei Haushaltsjahre erstrecken, da insbesondere Spezial- oder Teilzeitkurse länger als ein Jahr dauern können und sind zudem abhängig von der Höhe des Kostenerstattungssatzes, dem Zeitpunkt der Abrechnung sowie der tatsächlichen Inanspruchnahme durch Antragstellende. Wird zudem davon ausgegangen, dass davon nicht nur Teilnehmende betroffen sind, die den Kostenbeitrag ohne die Geringverdienerregelung selbst tragen würden, sondern zusätzliche neue Teilnehmende in die Integrationskurse einmünden, die ansonsten den Integrationskurs nicht besucht hätten, würden sich die Haushaltskosten mittelbar noch entsprechend erhöhen, da dadurch beim BAMF auch Kosten für die Kostenerstattung gegenüber den Trägern nach § 20 Absatz 6 IntV entstehen (derzeit weitere 2,29 Euro pro UE und Teilnehmer).

Aus der Erhöhung der Unterrichtseinheiten gemäß § 13 Absatz 2 IntV-E i.V.m. § 22 Absatz 4 IntV-E von 30 auf 100 Unterrichtseinheiten im Intensivkurs ergibt sich ein finanzieller Mehraufwand von jährlich rund 118.000 Euro ab dem Jahr 2024 für den Bund in Folge zu erstattender Kosten (Fahrtkosten sowie Kostenerstattungssatz). Die tatsächlichen Kosten hängen von den einzelnen Teilnehmenden (kostenbefreit beziehungsweise nicht kostenbefreit) sowie der Höhe des Kostenerstattungssatzes ab.

Mehrausgaben entstehen ebenfalls durch die nunmehr geltende Frist von drei statt zwei Jahren für eine hälftige Kostenerstattung bei erfolgreicher Teilnahme von Spezialkurs-Teilnehmenden in Höhe von geschätzt jährlich rund 230.000 Euro. Der Betrag ergibt sich im Falle von 50.000 neuen Spezialkursteilnehmenden, von denen nach Auswertung des BAMF ca. 4 Prozent die Voraussetzungen nach § 9 Absatz 6 IntV-E erfüllen. BAMF geht von 10 Prozent der Fälle aus, die dabei drei statt zwei Jahre für den Nachweis einer erfolgreichen Teilnahme benötigen werden. Da die Regelung erst für Personen gilt, denen ab dem 1.2.2023 erstmalig eine Teilnahmeberechtigung ausgestellt wurde (§ 22 Absatz 3 IntV-E), wirkt sich die von zwei auf drei Jahren verlängerte Frist erst ab dem Jahr 2025 finanziell

aus. Die Entwicklung der tatsächlichen Ausgaben ist abhängig von den Teilnehmenden (Anzahl Spezialkursteilnehmer, nicht kostenbefreit, erfolgreiche Teilnahme), der Dauer des Kursbesuchs sowie von der Höhe der Kostenbeiträge (derzeit 2,20 Euro/UE).

Einsparungen in Höhe von geschätzt jährlich rund 473.000 Euro ergeben sich für den Bund durch den Wegfall der Beschränkung von Online-Kursen auf bestimmte Kursarten in § 14 Absatz 3 IntV-E hinsichtlich der nicht zu erstattenden Fahrkosten bzw. des Wegfalls der Bearbeitung der Anträge auf Fahrtkostenzuschuss (siehe auch Erfüllungsaufwandsschätzung unter Vorgabe 4.3.1). Die Höhe der Einsparungen ist abhängig von der tatsächlichen Anzahl an durchgeführten Online-Kursen.

Einsparungen ergeben sich ebenfalls durch die Möglichkeit der elektronischen Zulassung (§ 5 Absatz 3 Satz 2 IntV-E) in Höhe von jährlich 88.000 Euro, soweit von durchschnittlich 88.000 Zulassungen ausgegangen wird und pro Zulassung ein Euro an Portokosten gespart wird. Die finanziellen Auswirkungen sind abhängig von der tatsächlichen Zahl der Zulassungen.

Die Mehrausgaben für den Bund sind im Gesamthaushalt auszugleichen.

### **Finanzielle Ausgaben Länder/Kommunen**

Den Ländern/Kommunen entstehen geschätzt jährliche Mehrausgaben in Höhe von rund 164 000 Euro in Folge des Ersuchens von Auskünften gegenüber dem BAMF im Rahmen der Wiederholerzulassung ehemaliger verpflichteter Kursteilnehmer (vgl. Erfüllungsaufwandsschätzung unter Vorgabe 4.3.6, § 8 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. Satz 3 IntV-E).

## **4. Erfüllungsaufwand**

### **4.1. Erfüllungsaufwand der Bürgerinnen und Bürger nach Vorgaben**

Im Folgenden wird die Schätzung des Erfüllungsaufwands der Bürgerinnen und Bürger für die einzelnen Vorgaben dargestellt.

#### **Vorgabe 4.1.1: Antrag auf Zuschuss zu den Fahrtkosten; § 4a IntV i. V. m. § 14 Abs. 3 IntV-E**

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Zeitaufwand (in Stunden)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
-770	8,5	1	-109	-1

Durch die erweiterte Möglichkeit zur Durchführung eines Online-Kurses laut § 14 Abs. 3 Satz 1 IntV-E werden weniger Personen einen Antrag auf Zuschuss zu den Fahrtkosten beantragen.

Gemäß der Vorgabe zum Antrag auf Zuschuss zu den Fahrtkosten nach § 4a IntV in OnDEA wird für die Bearbeitung des Antrags 8 Minuten und 30 Sekunden veranschlagt und es fällt ein Euro Portokosten an (- in OnDEA geführte Vorgabe mit der ID 2016030414294901).

Die Möglichkeit wird nun auf alle speziellen Kursarten ausgeweitet. Für den Allgemeinen Integrationskurs sowie Intensivkurs war dies bereits möglich. In den betroffenen Kursarten gibt es jährlich 38 543 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Durchschnitt der jährlichen Teilnehmerzahlen in Spezialkursen seit 2005, siehe Seite 5, Tabelle 3 in der Integrationskurs-geschäftsstatistik für das Jahr 2021). Da die meisten dieser Teilnehmerinnen und Teilnehmer einem Alphabetisierungskurs folgen und dieser vermutlich überwiegend weiterhin in Präsenz stattfinden wird, wird geschätzt, dass nur 5 Prozent der Kurse online durchgeführt



werden. Zudem wird geschätzt, dass 60 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Reisekosten selber zahlen und dass in 40 Prozent der Fälle das BAMF nach Antragsstellung die Kosten übernimmt. Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, bei denen der Antrag auf Zuschuss zu den Fahrtkosten entfällt, beträgt folglich rund 770.

Insgesamt entsteht eine jährliche Entlastung in Höhe von 109 Stunden und gerundet 1 000 Euro.

#### **Vorgabe 4.1.2 : Antrag auf Wiederholung des Sprachkurses; § 5 Abs. 5 IntV-E**

Gemäß § 5 Abs. 5 Satz 1 IntV-E werden die Voraussetzungen für eine einmalige Wiederholung von maximal 300 Unterrichtseinheiten (UE) des Sprachkurses gelockert – eine ordnungsgemäße Teilnahme am Integrationskurs ist nun nicht mehr Voraussetzung. Folglich können mehr Kursteilnehmende eine Wiederholung beantragen.

Eine Prognose zur Anzahl der zusätzlichen Wiederholungsanträge ist schwierig. Es wird angenommen, dass eine Wiederholung grundsätzlich für motivierte und interessierte Personen in Frage kommt. Dieser Personenkreis wird annahmegemäß in der Regel auch ordnungsgemäß an den Integrationskursen teilnehmen. Daher wird angenommen, dass die Anzahl an Anträgen auf Wiederholung des Sprachkurses nur geringfügig steigt. Der zusätzliche Erfüllungsaufwand – zusätzliche Antragszeiten und Kostenbeiträge – wird demnach im Bagatellbereich liegen und hier nicht weiter beziffert.

#### **Vorgabe 4.1.3: Online-Teilnahme an bestimmten Integrationskursen; § 14 Abs. 3 IntV-E**

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Zeitaufwand (in Stunden)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
- 482 000	15	-	-120 500	-
- 289 000	-	2,43	-	-702

Gemäß § 14 Abs. 3 IntV-E können Integrationskurse künftig auch online durchgeführt werden. Die Beschränkung auf Integrationskurse nach § 10 Absatz 1 und § 13 Absatz 2 entfällt, sodass mehr Kursteilnehmende an einem Online-Kurs teilnehmen können.

Werden Kurse online angeboten, entfällt nicht nur die Antragsstellung (vgl. Vorgabe 4.1.1), ebenso reduzieren sich Reisekosten und -zeiten.

Geht man bezogen auf die neu betroffenen Kurse überschlägig von einem Kursumfang von 1000 UE pro Kurs aus, fallen für einen Kurs pro Teilnehmenden 250 Kurstage an (4 UE pro Tag). Bei 38 543 Teilnehmenden und einem angenommenen Online-Angebot von 5 Prozent, fallen in rund 482 000 Fällen keine An- bzw. Abreisen an.

Gemäß dem Leitfaden werden pro Anreisetag 15 Minuten angesetzt, so dass sich die Wegezeiten um insgesamt 120 500 Stunden reduzieren.

Für die Reisekosten rechnet das BAMF mit Pauschalen. In der Großstadtvariante beträgt diese 2,50 Euro pro Kurstag für Entfernung von mindestens 3 km und Null Euro bei kurzen Distanzen. Bei der Nicht-Großstadtvariante hängt die Höhe des Zuschusses von der Distanz in Kilometern ab. Hier gilt jedoch ein Mindestbetrag von 2,80 Euro und ein Höchstbetrag von 5,50 Euro. Zum Zweck der Schätzung wird in diesen Fällen mit durchschnittlich 4 Euro pro Kurstag gerechnet. Das BAMF geht davon aus, dass rund 57 Prozent der Kursteilnehmenden in einer städtischen Region wohnen und 50 Prozent dieser Kursteilnehmenden

den unter die „3-km-Regel“ fallen. Somit entstehen durchschnittlichen Reisekosten pro Teilnehmerin oder Teilnehmer in Höhe von rund 2,43 Euro.

Unter der Annahme, dass 60 Prozent der Betroffenen Reisekosten selber tragen und in den übrigen Fällen das BAMF (vgl. Vorgabe 4.3.1), fallen aufgrund des Online-Kursangebots bei Kursteilnehmenden in rund 289 000 Fällen keine Reisekosten in Höhe von durchschnittlich 2,43 Euro pro Fall an. Die gesamte Entlastung beträgt demnach rund 700 000 Euro.

#### **Vorgabe 4.1.4: Kostenbeitrag an das Bundesamt für die Teilnahme am Integrationskurs; § 9 Abs. 2 IntV-E**

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Zeitaufwand (in Stunden)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
10 500 000	-	- 2,29	-	- 24 045
15 000	1	-	250	-

Durch die Änderungen in § 9 Abs. 2 IntV-E wird der Personenkreis mit dem Recht auf eine Kostenbefreiung erweitert. Der betroffene Personenkreis beinhaltet nun auch Beschäftigte, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen 20.000 Euro (bzw. 40.000 Euro bei gemeinsam Veranlagten) nicht übersteigt sowie Arbeitslosengeld I Empfänger. Das BAMF schätzt vorsichtig, dass es sich hierbei um jährlich 15 000 Personen handeln könnte.

Die Abrechnung der Kurse findet pro UE statt und die Anzahl der UE ist pro Kursart unterschiedlich. Rechnet man bei dem allgemeinen Integrationskurs mit 700 UE, bei dem Intensivkurs mit 500 UE und bei den speziellen Kursarten mit 1 000 UE so ergeben sich unter Berücksichtigung von Übergangsregelungen (vgl. § 22 Abs. 4 IntV-E) daraus durchschnittlich 763 UE pro Kurs ab Mitte des Jahres 2024. Da spezielle Kursarten bis zu 1 000 UE dauern und durchaus kürzer sein können oder Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht an allen UE teilnehmen oder Kurse frühzeitig abbrechen, wird für diese Schätzung von durchschnittlich 700 UE pro Kurs ausgegangen. Bei 15 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer fallen somit insgesamt 10,5 Millionen UE an.

Der Kostenbeitrag für Zahlungspflichtige pro UE beträgt derzeit 2,29 Euro. Bei 10,5 Millionen UE fielen ca. 24 Millionen Euro Sachkosten für die Bürgerinnen und Bürger an, die aufgrund der Möglichkeit einer Kostenbefreiung nicht mehr anfallen.

Im Gegensatz dazu entstehen den Bürgerinnen und Bürgern Aufwände bei der Antragstellung auf Kostenbefreiung. Gemäß OnDEA entsteht bei dem Antrag auf Kostenbefreiung nach § 9 Abs. 2 IntV ein zeitlicher Aufwand von einer Minute (Vorgabe mit der ID 200611071335262). Der jährliche Zeitaufwand beläuft sich damit für 15 000 berechnete Personen auf 250 Stunden.

#### **Vorgabe 4.1.5: Teilnahme am Orientierungskurs des Intensivkurses; § 13 Abs. 2 i. V. m. § 22 Abs. 4 IntV-E**

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Zeitaufwand (in Stunden)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
461	3 150	-	24 203	-
16 135	-	2,29	-	36,9
7 660	15	-	1 915	-

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Zeitaufwand (in Stunden)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
4 600	-	2,43	-	11,2
Insgesamt			26 118	48,1

Gemäß § 13 Absatz 2 i. V. m. § 22 Absatz 4 IntV-E wird die Anzahl der UE bei dem Orientierungskurs im Rahmen eines Intensivkurses ab Mitte des Jahres 2024 von 30 UE auf 100 UE erhöht.

Zwischen den Jahren 2005 und 2021 haben durchschnittlich jeweils 461 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Intensivkurs angefangen (vgl. Tabelle 3 der Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2021). Eine UE entspricht 45 Minuten, weshalb die erhöhte Anzahl der UE im Intensivkurs für einen zeitlichen Mehraufwand von 3150 Minuten ( $70 \cdot 45$ ) pro Teilnehmerin oder Teilnehmer auslöst. Bei 461 Teilnehmerinnen und Teilnehmern entsteht somit ein jährlicher Mehraufwand von 24 203 Stunden.

Gemäß § 9 Abs. 1 IntV haben Teilnehmende einen Kostenbeitrag in Höhe von 2,29 Euro pro UE zu leisten. Auf Antrag kann das BAMF Teilnehmende von diesem Kostenbeitrag befreien. Unter der Annahme, dass 50 Prozent der Teilnehmenden auf Antrag vom Kostenbeitrag befreit werden, entrichten die übrigen Teilnehmenden für insgesamt 16 135 UE ( $461 \text{ Teilnehmende} \cdot 70 \text{ UE} \cdot 0,5$ ) den Kostenbeitrag. Hierdurch entstehen zusätzliche Sachkosten in Höhe von rund 37 000 Euro.

Durch die gesetzliche Änderung fallen auch vermehrt Fahrtkosten und -zeiten für die Anreise zum Kursstandort an. Nach Einschätzung des BAMF werden durchschnittlich 4 UE pro Kurstag absolviert. Finden 95 Prozent der Kurse in Präsenz statt, fallen folglich in rund 7 660 Fällen ( $461 \cdot 70 \cdot 0,25 \cdot 0,95$ ) zusätzliche Wegezeiten. Gemäß dem Leitfaden werden pro Fahrt 15 Minuten angesetzt, so dass sich die Wegezeiten um insgesamt rund 1 915 Stunden erhöhen.

Unter der Annahme, dass 60 Prozent der Betroffenen Reisekosten selber tragen und in den übrigen Fällen das BAMF (vgl. Vorgabe 4.3.1), fallen bei Kursteilnehmenden in rund 4600 Fällen Reisekosten in Höhe von durchschnittlich 2,43 Euro pro Fall (vgl. Vorgabe 4.1.3) an – insgesamt 11 200 Euro.

#### **Vorgabe 4.1.6: Nachweis der persönlichen Eignung von Lehrkräften der Integrationskurse; § 15 Abs. 2 IntV-E**

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Zeitaufwand (in Stunden)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
2 500	8	1,00	333	3

Im novellierten § 15 IntV-E werden neben den fachlichen Anforderungen nun auch persönliche Anforderungen an Lehrkräfte, die im Integrationskurs unterrichten wollen, angeführt. Hierfür haben die Bürgerinnen und Bürger, die sich erfolgreich als Lehrkraft bewerben ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorzulegen.

Um das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung nachzuweisen, ist ein vom BAMF zur Verfügung gestelltes Formular zu unterschreiben und beim BAMF einzureichen. Es wird angenommen, dass dies postalisch erfolgt. Der Zeitaufwand hierfür wird

mit 8 Minuten pro Fall veranschlagt. Zudem entstehen Sachkosten in Höhe von 1 Euro pro Fall für Porto.

Laut BAMF wurden seit dem Jahr 2015 rund 33 000 Lehrkräfte neu zugelassen, Neuzulassungen sind aber tendenziell rückläufig. Im Jahr 2022 (Januar-August) wurden ca. 1 500 neue Lehrkräfte zugelassen. Nachfolgend wird auf Basis dieser Zahlen angenommen, dass rund 2 500 Personen jährlich neu den Beruf als Lehrkraft für den Integrationskurs anfangen und den Nachweis zu erbringen haben.

Legt man diese Fallzahl zugrunde, entsteht ein jährlicher Zeitaufwand von insgesamt 333 Stunden. Hinzu kommen Sachkosten in Höhe von 2 500 Euro pro Jahr.

#### **4.2 Erfüllungsaufwand der Wirtschaft nach Vorgaben**

Im Folgenden wird die Schätzung des Erfüllungsaufwands der Wirtschaft für die einzelnen Vorgaben dargestellt.

##### **Vorgabe 4.2.1 (Informationspflicht): Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme von der maximalen Kursgröße; § 14 Abs. 2 IntV-E**

In § 14 Abs. 2 IntV-E wird die Möglichkeit einen Antrag zur Ausnahme der maximalen Kursgröße gestrichen. Laut BAMF wird in der Praxis dieser Antrag bereits heute in der noch geltenden Fassung nicht mehr gestellt. Demnach verändert sich der Erfüllungsaufwand durch die Neufassung des § 14 Abs. 2 IntV-E nicht.

##### **Vorgabe 4.2.2 (Informationspflicht): Antrag auf Zulassung als Kursträger; §§ 18 bis 20 IntV-E**

Die Änderungen in § 19 IntV-E bewirken, dass die zum Antrag auf Zulassung notwendigen Nachweise umfangreicher werden. Neben den bereits notwendigen Angaben soll nun auch eine Gewerbeanzeige, ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister sowie ggf. eine Erklärung zu möglichen ausländischen Verfahren und Strafen vorgelegt werden. Die Erklärung über die Gewerbeuntersagung ist hingegen nicht mehr per Novelle erforderlich. In der Praxis werden bereits heute einige der nun normierten Unterlagen vorgelegt.

Gemäß OnDEA werden pro Jahr lediglich ca. 400 Anträge auf Zulassung<sup>1</sup> gestellt. Es wird davon ausgegangen, dass die Beschaffung der Nachweise nicht mehr als eine Stunde beansprucht und sich der Gesamtaufwand im Bagatellbereich bewegt. Aus diesem Grund wird die Vorgabe nicht quantifiziert.

#### **4.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung nach Vorgaben**

Im Folgenden wird die Schätzung des Erfüllungsaufwands der Verwaltung für die einzelnen Vorgaben dargestellt.

##### **Vorgabe 4.3.1: Bearbeitung des Antrags auf Zuschuss zu den Fahrtkosten; § 4a Abs. 1 IntV i. V. m. §§ 14 Abs. 3 IntV-E sowie 13 Abs. 2 und 22 Abs. 4 IntV-E**

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands des Bundes:

---

<sup>1</sup> In OnDEA geführte Vorgabe mit der ID 2012052411485210.

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
-770	9,58	33,80	1	-4,2	-0,77
-192 715	-	-	2,43	-	-468,3
3 066	-	-	2,43	-	7,5

Änderung des Erfüllungsaufwandes (in Tsd. Euro): - 466

Der Gesetzestext in § 4a Abs. 1 Satz 1 IntV bezüglich des Antrags auf Zuschuss zu den Fahrtkosten soll an den der DeuFöV<sup>2</sup> angepasst werden und somit globaler gefasst werden. Hiermit soll für das BAMF die Möglichkeit geschaffen werden, die bestehende Fahrtkostenregelung zu ändern.

Daneben beeinflussen drei Änderungen des Regelungsentwurfs den Erfüllungsaufwand aus der Bearbeitung der Anträge: Erstens werden durch die vermehrte Möglichkeit der Online-Kurse (§ 4a IntV i. V. m. § 14 Abs. 3 IntV-E) weniger Kursteilnehmende überhaupt Anträge stellen (vgl. Vorgabe 4.1.1). Zweitens fallen infolge von Online-Kursen § 14 Abs. 3 IntV-E weniger Reisekosten an, die das BAMF erstatten muss (vgl. Vorgabe 4.1.3). Schließlich hat die Ausweitung des Kursumfanges der Orientierungskurse in Intensivkursen zur Folge (§ 13 Abs. 2 i. V. m. 22 Abs. 4 IntV-E), dass die zugehörigen Kursteilnehmenden häufiger zu Präsenzterminen anreisen müssen, wodurch die durch das BAMF erstatteten Reisekosten steigen (vgl. Vorgabe 4.1.5).

Wie bei Vorgabe 4.1.1 beschrieben, werden in 770 Fällen weniger Anträge gestellt. Laut OnDEA beträgt der Zeitaufwand für die Antragsbearbeitung 9,58 Minuten pro Fall. Zudem fallen Portokosten in Höhe von 1 Euro pro Fall an.<sup>3</sup> Der Lohnsatz beträgt gemäß Leitfaden für den mittleren Dienst (Bund) 33,80 Euro.<sup>4</sup> Bei 770 Anträgen, die wegfallen würden, entsteht eine Entlastung in Höhe von 4 200 Euro in Form von Personalkosten sowie 770 Sachkosten für eingespartes Porto.

Wie bei Vorgabe 4.1.3 beschrieben, entfallen aufgrund der Umstellung auf Onlinekurse insgesamt in 5 Prozent der Fälle rund 482 000 An- und Abreisen. Da das BAMF laut eigener Einschätzung in rund 40 Prozent der Fälle (192 Tausend) die Reisekosten in Höhe von 2,43 Euro pro Fall erstattet, reduzieren sich beim BAMF die Sachkosten um rund 468 000 Euro.

Wie in Vorgabe 4.1.5 beschrieben, fallen infolge der Ausweitung des Kursumfanges der Orientierungskurse perspektivisch rund 7 660 zusätzliche An- und Abreisen an. Unter der Annahme, dass das BAMF in 40 Prozent der Fälle die Reisekosten in Höhe von 2,43 pro Fall erstattet, erhöhen sich die Sachkosten um insgesamt rund 7 450 Euro.

### Vorgabe 4.3.2: Zulassung zur Teilnahme am Integrationskurs; § 5 Abs. 1 IntV-E

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands des Bundes:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
88 000	-	-	-1	-	-88

Änderung des Erfüllungsaufwands (in Tsd. Euro): - 88

<sup>2</sup> Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung.

<sup>3</sup> In OnDEA geführte Vorgabe mit der ID 2016030414295801.

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt im Auftrag der Bundesregierung und des Nationalen Normenkontrollrates (2022): Leitfaden zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands in Regelungsvorhaben der Bundesregierung, S. 63.

In der vorliegenden Verordnungsänderung wird eine elektronische statt ausschließlich postalische Übersendung der Zulassungen nach § 5 IntV-E ermöglicht, was zu einem Wegfall der Portokosten von 1 Euro pro Fall führt. In den Jahren 2005 bis 2021 haben durchschnittlich 88 000 Personen<sup>5</sup> jährlich eine Zulassung für einen Integrationskurs erhalten.

Der Gesamtentlastung beläuft sich somit auf ca. 88 000 Euro (88 000 \* 1) jährlich.

#### **Vorgabe 4.3.3: Bearbeitung von Anträgen auf Wiederholung des Sprachkurses; § 5 Abs. 5 IntV-E**

Gemäß § 5 Abs. 5 Satz 1 IntV-E werden die Voraussetzungen für eine einmalige Wiederholung von maximal 300 UE des Sprachkurses gelockert – eine ordnungsgemäße Teilnahme am Integrationskurs ist nun nicht mehr Voraussetzung. Folglich können mehr Kursteilnehmende eine Wiederholung beantragen.

Es wird angenommen, dass die Anzahl an Anträgen auf Wiederholung des Sprachkurses nur geringfügig steigt (vgl. Vorgabe 4.1.2). Der zusätzliche Erfüllungsaufwand für das BAMF – zusätzliche Zeit für die Antragsbearbeitung und Kostenbeiträge – wird demnach im Bagatellbereich liegen und hier nicht weiter beziffert.

Ebenfalls wird angenommen, dass die Änderung des § 5 Abs. 5 S. 3 IntV-E nur wenige Fälle betrifft und in der Betrachtung des Erfüllungsaufwands vernachlässigt werden kann.

#### **Vorgabe 4.3.4: Kostenerstattung für Abschlusstest "Deutsch-Test für Zuwanderer" durch das BAMF; § 17 IntV-E**

Für Integrationskursteilnehmerinnen und –teilnehmern, die den Sprachnachweis anderweitig als über den Deutsch-Test für Zuwanderer (DTZ) erwerben, ist zukünftig die Teilnahme an dem Abschlusstest entbehrlich. Laut BAMF besteht bereits heute auch die Praxis, anderweitige Sprachnachweise anzuerkennen. Infolgedessen ändert sich die Anzahl der Kostenerstattungen seitens des BAMF und der damit verbundene Erfüllungsaufwand nicht.

#### **Vorgabe 4.3.5: Behördliche Übermittlung der Daten über Teilnahmeberechtigungen an das BAMF; § 8 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz IntV-E**

Gemäß § 8 Abs. 1 S.1 2. HS IntV-E übermittelt das BAMF auf Ersuchen bestimmter Stellen Daten nach § 5 Abs. 3 sowie § 6 Abs. 1 oder 2 IntV künftig auch in Fällen des § 7 Abs. 3 IntV. Es wird angenommen, dass die Anzahl jährlicher Ersuchen relativ gering ist und daher der Erfüllungsaufwand nur geringfügig im Bagatellbereich erhöht wird.

#### **Vorgabe 4.3.6: Datenübermittlung des BAMF an die Ausländerbehörde, den Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende oder den Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; § 8 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. Satz 3 IntV-E**

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands der Länder:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
70 000	5	28,10	-	164	-

<sup>5</sup> Tabelle 1 der Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2021. 1 495 988 Altzuwanderer/EU-Bürger/Deutsche/Asylbewerber geteilt durch 17 Jahre.

Änderung des Erfüllungsaufwandes (in Tsd. Euro): 164

Künftig sollen auch die dem BAMF vorliegenden Daten zur Kursteilnahme im Rahmen einer Wiederholung des Integrationskurses auf Anfrage an die Ausländerbehörde, den Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende oder den Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz übermittelt werden können.

In den Jahren 2005 bis 2021 wurden durchschnittlich 35 000 Berechtigungen für die Kurswiederholung ausgestellt.<sup>6</sup> Es wird angenommen, dass pro kurswiederholungsberechtigte Person zwei Datenersuche beim BAMF gestellt werden.

Die Datenübermittlung wird automatisiert durchgeführt, weshalb bei BAMF kein Mehraufwand entsteht. Lediglich für die ersuchenden Behörden ist mit einem geringen Mehraufwand zu rechnen. Die Anfrage an das BAMF wird über InGe getätigt. Es wird davon ausgegangen, dass für die Anfrage ein Zeitaufwand von 5 Minuten anfällt.

Bei einem Lohnsatz gemäß Leitfaden von 28,10 Euro pro Stunde (mittlerer Dienst, Kommune) beträgt der jährliche Erfüllungsaufwand für die Kommune 164 000 Euro (70 000 Datenersuche \* 5 / 60 \* 28,10).

#### **Vorgabe 4.3.7: Bearbeitung von Anträgen auf Befreiung von Kostenbeiträgen; § 9 Abs. 2 IntV-E**

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwandes des Bundes:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
10 500 000	-	-	2,29		24 045
15 000	10	46,50	-	116	

Änderung des Erfüllungsaufwandes (in Tsd. Euro): 24 161

Durch den erweiterten Personenkreis mit einem Anspruch auf Kostenbefreiung gemäß § 9 Abs. 2 IntV-E entsteht spiegelbildlich zu den Bürgerinnen und Bürgern bei der Verwaltung eine Belastung.

Die Anzahl der UE wird analog der Vorgabe für Bürgerinnen und Bürger auf 10,5 Millionen geschätzt (Herleitung siehe Vorgabe 4.1.4). Die Vergütung, die bei den bezahlungsfreien Teilnehmerinnen und Teilnehmern anfallen, werden durch das BAMF getragen. Beim BAMF entstehen somit Mehrkosten in Höhe von 2,29 Euro pro UE, was bei 10,5 Millionen Fällen einer Belastung in Höhe von etwa 24 Millionen Euro entspricht. Würde zudem davon ausgegangen, dass davon nicht nur Teilnehmende betroffen sind, die den Kostenbeitrag ohne die Geringverdienerregelung selbst tragen würden, sondern zusätzliche neue Teilnehmende in die Integrationskurse einmünden, die ansonsten den Integrationskurs nicht besucht hätten, würden sich die Haushaltskosten mittelbar noch entsprechend erhöhen, da dadurch beim BAMF auch Kosten für die Kostenerstattung gegenüber den Trägern nach § 20 Absatz 6 IntV entstehen (derzeit weitere 2,29 Euro pro UE und Teilnehmer).

Zudem kommt es zu mehr Anträgen auf Kostenbefreiung, die vom BAMF zu bearbeiten sind. Für die Antragsbearbeitung durch die Sachbearbeitung wird von 10 Minuten pro Fall ausgegangen. Somit entsteht bei einem Lohnsatz von 46,50 Euro für den gehobenen Dienst (Bund) ein jährlicher Mehraufwand von 116 000 Euro.

<sup>6</sup> Tabelle 1 der Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2021. 595300 Kurswiederholender geteilt durch 17 Jahre.

Der Gesamtaufwand beläuft sich auf rund 24 Millionen Euro pro Jahr.

#### **Vorgabe 4.3.8: Orientierungskurse der Intensivkurse; § 13 Abs. 2 i. V. m. § 22 Abs. 4 IntV-E**

Veränderung des jährlichen Erfüllungsaufwands des Bundes:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
16 135	-	-	2,29	-	36,9
16 135	-	-	4,58	-	73,9

Änderung des Erfüllungsaufwandes (in Tsd. Euro): 110,8

Gemäß § 13 Abs. 2 i. V. m. § 22 Abs. 4 IntV-E wird die Anzahl der UE bei dem Orientierungskurs im Rahmen eines Intensivkurses ab Mitte des Jahres 2024 von 30 UE auf 100 UE erhöht.

Das BAMF trägt Kosten für diese zusätzlichen Unterrichtseinheiten. Für alle Teilnehmenden, die gemäß § 9 Abs. 2 IntV-E vom Kostenbeitrag befreit sind (Annahme: 50 Prozent, vgl. Vorgabe 4.1.5), zahlt das BAMF 4,58 pro UE. Für die übrigen Teilnehmenden zahlt es 2,29 Euro pro UE (Annahme: 50 Prozent). Unter Berücksichtigung von zusätzlichen 70 UE bei jährlich 461 Kursteilnehmenden, übernimmt das BAMF jährlich rund 111 000 Euro ( $70 \cdot 461 \cdot 0,5 \cdot 2,29 + 70 \cdot 461 \cdot 0,5 \cdot 4,58$ ).

#### **Vorgabe 4.3.9: Bearbeitung eines Antrages auf Genehmigung einer Ausnahme von der maximalen Kursgröße; § 14 Abs. 2 IntV-E**

In § 14 Abs. 2 IntV-E wird die Möglichkeit einen Antrag zur Ausnahme der maximalen Kursgröße gestrichen. Laut BAMF wird in der Praxis dieser Antrag bereits heute in der noch geltenden Fassung nicht mehr gestellt (vgl. Vorgabe 4.2.1). Der Erfüllungsaufwand des BAMF aus der etwaigen Bearbeitung von Anträgen verändert sich durch die Neufassung des § 14 Abs. 2 IntV-E demnach nicht.

#### **Vorgabe 4.3.10: Fristverlängerung Kostenerstattung für Teilnehmer von Spezialkursen, § 9 Absatz 6 Satz 2 IntV-E i.V.m. § 22 Absatz 3 IntV-E**

Teilnehmende an Spezialkursen haben nunmehr drei Jahre Zeit ihre erfolgreiche Teilnahme an einem Spezialkurs nach § 13 Absatz 1 nachzuweisen. Die Regelung gilt für Teilnehmende, denen ab dem 1.1.2023 erstmals eine Teilnahmeberechtigung ausgestellt wurde. Das Bundesamt kann diesen 50 Prozent des Kostenbeitrags erstatten, der derzeit bei 2,29 Euro liegt. Bei einem 1000 UE dauernden Spezialkurs bedeutet dies für nicht kostenbefreite Teilnehmende einen Kostenbeitrag von insgesamt 2.290 Euro. Das BAMF geht davon aus, dass von jährlich angenommenen 50.000 Spezialkurs-Teilnehmenden ca. 4 Prozent die Bedingungen für eine Kostenerstattung erfüllen, sie also das Sprachniveau B 1 erreichen und zusätzlich nicht kostenbefreit sind (d.h. geschätzt 2000 Teilnehmer). In 10 Prozent dieser Fälle geht das BAMF von einer längeren Kursdauer als zwei Jahre aus. Dies würde bei einer hälftigen Kostenerstattung zu Sachkosten von rund 230.000 Euro jährlich führen ( $2,29 \cdot 50\% \cdot 1000 \cdot 2000 \cdot 10\%$ ).

### **5. Weitere Kosten**

Keine.



## **6. Weitere Regelungsfolgen**

Der Verordnungsentwurf greift Zielsetzungen der Demografiestrategie der Bundesregierung auf. Er dient der Stärkung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts und fördert die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dies erfolgt insbesondere durch verbesserte Erreichbarkeit der Integrationskurse im Wege zusätzlicher Befreiungen von der Kostenbeitragspflicht sowie durch eine Öffnung der Online-Kurse auch für Spezialkurse. Davon können insbesondere auch Teilnehmende aus dem ländlichen Raum profitieren, indem Hürden für eine Integrationskursteilnahme abgebaut werden.

Gleichstellungspolitische Auswirkungen ergeben sich aus den Regelungen nicht. Frauen und Männer sind in gleicher Weise betroffen.

## **VII. Befristung; Evaluierung**

Diese Verordnung wird spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten evaluiert. Mit der Evaluation soll nachvollzogen werden, ob die beabsichtigten Wirkungen erreicht worden sind, ob die entstandenen Kosten in einem angemessenen Verhältnis zu den Ergebnissen stehen und welche Nebenwirkungen eingetreten sind. Dies gilt vorrangig hinsichtlich der neu vorgesehenen Kostenbefreiungstatbestände.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu Artikel 1 (Änderung der Integrationskursverordnung)**

#### **Zu Nummer 1 (§ 4a)**

##### **Zu Buchstabe a**

Es handelt sich bei der Änderung der Überschrift um eine redaktionelle Ergänzung in Folge des neuen Absatz 3, der die Förderung kursbegleitender Maßnahmen vorsieht (siehe Buchstabe c).

##### **Zu Buchstabe b**

##### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Die Fördersystematik der Integrations- und der Berufssprachkurse, die beide vom BAMF koordiniert und durchgeführt werden und zusammen das „Gesamtprogramm Sprache“ bilden, sollen weitest möglich harmonisiert werden. Die Fahrtkostenerstattung für die Teilnahme am Integrationskurs knüpft bisher an die Teilnahme und damit an die tatsächliche Anwesenheit im Kurs an („sofern sie am Kurs teilnehmen“). Diese Regelung wird derzeit durch die Gewährung einer Fahrtkostenpauschale für Anwesenheitstage und entschuldigte Fehltage umgesetzt. Die Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung (Deutschsprachförderverordnung - DeuFöV) enthält für die Fahrtkostengewährung im Rahmen der Berufssprachkurse diese einschränkende Voraussetzung der Teilnahme am Kurs nicht. Der Gesetzeswortlaut soll daher analog dem Wortlaut in der DeuFöV flexibilisiert werden, um künftige Änderungen an der derzeitigen Ausgestaltung der Fahrtkostenregelung zu ermöglichen.

##### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Durch die Einfügung des Satzes 3 wird klargestellt, dass eine Beantragung von Zuschüssen zu den Fahrtkosten nicht rückwirkend, sondern nur zum nächsten neu beginnenden Kursabschnitt erfolgen kann.

Das Bundesamt soll in begründeten Fällen Ausnahmen von dieser Regelung vorsehen können. Dies wird durch den neuen Satz 4 ermöglicht. Eine Ausnahme stellt – neben anderen denkbaren Fällen – der erste individuelle Kursabschnitt dar, in dem eine rückwirkende Beantragung von Fahrtkosten möglich sein soll.

### **Zu Buchstabe c**

Durch das Einfügen eines neuen Absatz 3 soll für kursbegleitende Maßnahmen eine allgemeine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Bereits 2017/18 hat das Bundesamt zum Beispiel das Projekt „Soziale Begleitung im Integrationskurs“ initiiert, um Integrationskursteilnehmenden ein Beratungsinstrument zur Verfügung zu stellen. Um vor allem die Nachhaltigkeit beim Lernen zu erhöhen und die Teilnahme am Integrationskurs zu unterstützen, wurde das Projekt 2019 um den Schwerpunkt Lernbegleitung (Lernberatung) erweitert. Zudem kann auch die Erprobung weiterer kursbegleitender Maßnahmen künftig erforderlich werden. Um die Erreichbarkeit der Teilnehmenden durch kursbegleitende Maßnahmen zu erhöhen, wird das Bundesamt ermächtigt festzulegen, dass die Maßnahme in einem Online-Format durchgeführt werden darf. Zudem wird eine Grundlage dafür geschaffen, dass diese Maßnahmen nicht zwingend von (bereits ausgelasteten) Lehrkräften durchgeführt werden, sondern auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und andere entsprechend geeignete Fachkräfte sowie Fachdozentinnen und Fachdozenten eingesetzt werden dürfen.

### **Zu Nummer 2 (§ 5)**

#### **Zu Buchstabe a**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

In § 5 Absatz 3 wird aufgenommen, dass die Zulassung auch elektronisch ergehen kann. Dadurch erfolgt eine Anpassung dazu, dass auch der Antrag auf Zulassung im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes nunmehr elektronisch gestellt werden kann.

#### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Bei den hier betroffenen Zulassungen durch das BAMF gemäß § 44 Absatz 4 AufenthG ist die Prüfung, ob „nicht zu vertretende Gründe“ vorliegen, wenn Teilnahmeberechtigte sich nicht rechtzeitig zum Integrationskurs angemeldet haben, nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich. In diesem Fall kann erneut ein Antrag gestellt und eine erneute Zulassung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Rahmen verfügbarer Kursplätze erteilt werden.

#### **Zu Buchstabe b**

Die Aufnahme von „insbesondere“ in Satz 2 stellt klar, dass der vorangegangene Satz den Grundsatz darstellt und innerhalb der Gruppe der Integrationsbedürftigen die nachfolgenden aufgeführten Gruppen vorrangig berücksichtigt werden, es sich hierbei aber nicht um eine abschließende Liste handelt.

Die Streichung der Nummer 1 alte Fassung ist erforderlich, da die in Nummer 1 alte Fassung genannte Gruppe nahezu alle Teilnehmenden umfassen kann und damit keine Auswahl enthält bzw. die Motivation des Antragstellers im Einzelfall allenfalls schwer nachprüfbar ist.

Künftig soll in § 5 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 die bisherige (einschränkende) Voraussetzung, dass der Ausländer an einer Teilnahme aus nicht zu vertretenden Gründen gehindert gewesen sein muss, entfallen. Innerhalb der Gruppe der vorrangig zuzulassenden Ausländer gehören weiterhin Ausländer, die einen gesetzlichen Anspruch hatten.

§ 5 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 alte Fassung ist zu streichen, da ein Abstellen auf Aufenthaltstitel im Falle von nicht ausreichender Kursplätze bei der Auswahl der vorrangig zu berücksichtigenden Ausländer kein Maßstab für die Integrationsbedürftigkeit mehr ist.

Eine Integrationsbedürftigkeit als zusätzliche Voraussetzung wurde in § 5 Absatz 4 Satz 2 Nummer 2 neue Fassung nicht mehr aufgenommen, da diese ohnehin eine Voraussetzung für die Zulassung ist, § 5 Absatz 4 Satz 1. Die Streichung dient daher der Vereinfachung.

§ 5 Absatz 4 Satz 2 Nummer 5 alte Fassung ist zu streichen, da eine Ausrichtung anhand der Bleibeperspektive nicht mehr Maßstab bei der Auswahl ist.

### **Zu Buchstabe c**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Eine Zulassung zur Wiederholung von 300 Unterrichtseinheiten setzt nach dem bisherigen Wortlaut des § 5 Absatz 5 Satz 1 unter anderem eine "ordnungsgemäße Teilnahme" voraus. Diese Voraussetzung entfällt mit der Neufassung der Regelung, da sie kein zielführendes Kriterium im Rahmen der Zulassung zur Wiederholung darstellt. Teilnehmende durch Versagung der Zulassung zur Wiederholung bei zu hohen Fehlzeiten zu sanktionieren, indem ihnen die weitere Integration versagt wird, widerspricht dem staatlichen Integrationsinteresse. Die Anschlussförderkette wird letztlich erschwert und die Initiative des Teilnehmers wird nicht belohnt, wenn die ordnungsgemäße Teilnahme Voraussetzung für die Wiederholung ist. Eine schnelle Integration wird dadurch erschwert oder gar womöglich verhindert. Die Feststellung einer nicht ordnungsgemäßen Teilnahme dient vielmehr der Auslösung der Informationspflicht an die verpflichtenden Stellen. Durch den Wegfall dieser Voraussetzung wird zudem Verwaltungsaufwand reduziert und die Vermittlung der Inhalte des Orientierungskurses gestärkt. Denn zum vollständigen Verständnis der Inhalte des Orientierungskurses ist das Sprachniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) erforderlich, welches ohne Teilnahme an der Wiederholung in diesen Fällen von den Teilnehmenden nicht erreicht wird.

In § 5 Absatz 5 Satz 1 wird zudem klargestellt, dass die vorherige Beendigung aller zur Verfügung stehender Kursabschnitte des Sprachkurses (Ausschöpfung des Stundenkontingents) sowie eine erfolglose Teilnahme am Deutsch-Test für Zuwanderer (DTZ), welcher ebenfalls nach dem Sprachkurs absolviert wurde, Voraussetzung für die Zulassung zur Wiederholung ist.

#### **Zu Doppelbuchstabe bb**

§ 5 Absatz 5 Satz 3 alte Fassung wird aufgehoben, da dieser aufgrund Zeitablaufs keinen Anwendungsbereich mehr hat.

Durch das Einfügen des neuen Satz 3 in § 5 Absatz 5 werden weitere für eine zielführende Praxis der Zulassung zur Wiederholung erforderliche Regelungen getroffen: Im Rahmen von Alphabetisierungskursen wird auf das Erfordernis des erfolglosen DTZ verzichtet, da laut dem Konzept für einen bundesweiten Alphabetisierungskurs das Niveau A 2 im Rahmen der individuellen Maximalförderung realistisch ist, sodass im Regelfall nach 900 Unterrichtseinheiten im Alphabetisierungskurs das Erreichen des Zielsprachniveaus B1 GER gemäß § 17 Absatz 2 nicht zu erwarten ist. Zudem wird mit dem neuen Satz 3 ein Anwendungsbereich geschaffen für einzelne weitere vergleichbare Fälle, in denen es zwecklos oder gar kontraproduktiv wäre, Teilnehmende den DTZ absolvieren zu lassen, obwohl feststeht, dass sie diesen aufgrund ihres individuellen Lernstands nicht erfolgreich absolvieren können (zum Beispiel im Falle einer zuvor erfolgten Rückstufung).

### **Zu Nummer 3 (§ 7)**

#### **Zu Buchstabe a**

##### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Die Einfügung des neuen Satz 2 eröffnet, neben einer Anmeldung beim Kursträger, die Möglichkeit einer Anmeldung zum Integrationskurs beim BAMF im Rahmen einer zentralisierten Einstufung und Zu- bzw. Verweisung nach § 7 Absatz 3. Dies schafft die Grundlage für eine in Einzelfällen bestehende Konstellation, bei der keine Kursträger die Einstufung übernehmen.

##### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Der neue Satz 6 wird ergänzt um die Angaben zum Bedarf einer Kinderbeaufsichtigung sowie zur zeitlichen Verfügbarkeit hinsichtlich des Kursbesuchs. Diese Informationen sind erforderlich für eine Zu- bzw. Verweisung der Teilnehmenden in Integrationskurse nach § 7 Absatz 3 und 5, die ohne Kenntnis dieser Bedarfe nicht erfolgsversprechend ist. Nur bei Vorliegen der entsprechenden Angaben kann das BAMF Zu- bzw. Verweisungen in Kurse aussprechen, die – über die Passgenauigkeit der angebotenen Kursart und des Kursabschnitts gemäß des Einstufungsergebnisses hinaus - für die Teilnahmeberechtigten oder -verpflichteten auch unter praktischen Gesichtspunkten passend sind. Die Wahrscheinlichkeit eines Kurseintritts auf Basis der Zu- bzw. Verweisung wird hierdurch erhöht und damit die Inanspruchnahme der Teilnahmeberechtigung insgesamt gefördert.

#### **Zu Buchstabe b**

Durch die Ergänzung der neuen Sätze 4 und 5 erfolgt eine Definition des Prozesses und eine Abgrenzung der Zuständigkeiten im Rahmen des Zusteuerverfahrens zwischen BAMF und den nach § 6 berechtigenden bzw. verpflichtenden Behörden. Die Evaluation des Pilotprojektes hat gezeigt, dass klar definierte Prozesse zwischen allen Beteiligten zu einer höheren Verbindlichkeit des Verfahrens und zu einer höheren Inanspruchnahmequote der Teilnahmeberechtigten führen. Durch die Einfügung werden die Verantwortlichkeiten der beteiligten Behörden konkretisiert und eine höhere Verbindlichkeit für die Zusammenarbeit geschaffen.

#### **Zu Buchstabe c**

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu der Einfügung in § 7 Absatz 1 Satz 2.

### **Zu Nummer 4 (§ 8)**

#### **Zu Buchstabe a**

Die Ergänzung in Satz 2 schafft im Rahmen des Verfahrens nach § 7 Absatz 3 die Rechtsgrundlage zur Übermittlung der Information, ob eine hierzu aufgeforderte Person ihren Einstufungstermin wahrgenommen hat, an die genannten Behörden auf deren Ersuchen. Dies ermöglicht die dortige Nachhaltung und gegebenenfalls Veranlassung weiterer Schritte wie beispielsweise eine erneute Einladung zu einem Einstufungstesttermin. Hierdurch wird die Verbindlichkeit des Integrationskurszugangs gestärkt und eine höhere Inanspruchnahme der Teilnahmeberechtigungen erzielt.

#### **Zu Buchstabe b**

Der neue Satz 3 schafft eine Rechtsgrundlage für das Bundesamt zur Übermittlung von Daten zur Teilnahme im Rahmen der Teilnahme an einer Wiederholung von 300 Unterrichtseinheiten. Denn die Wiederholerzulassung bewirkt einen Statuswechsel für die teilnehmende Person: Verpflichtete werden durch die Zulassung zu "nur" Berechtigten. Dies

hat bislang zur Folge, dass die verpflichtende Stelle keinen Zugriff mehr auf die Daten der Person zur Teilnahme an der Wiederholung besitzt. Um dennoch eine Kenntnisnahme der verpflichtenden Stelle über den weiteren Kursverlauf der betroffenen teilnehmenden Person zu ermöglichen, wird eine Informationsmöglichkeit für die verpflichtende Stelle auch bei Inanspruchnahme einer Wiederholung geschaffen. Der durch die Wiederholerzulassung eintretende Statuswechsel kann dadurch zwar nicht verhindert werden, die verpflichtenden Stellen erhalten aber dennoch weiterhin alle benötigten Daten und können ihrer gesetzlichen Aufgabe, z.B. die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, die die Kenntnis über die vorliegenden Deutschkenntnisse voraussetzt, nachkommen.

## **Zu Nummer 5 (§ 9)**

### **Zu Buchstabe a**

Bei der Streichung der Formulierung „an das Bundesamt“ in Satz 1 handelt es sich um eine Folgeänderung zu § 9 Abs. 3 (vgl. Nummer 5 Buchstabe c).

Zudem wird klargestellt, dass sich der Kostenbeitrag nach dem Zeitpunkt der Anmeldung richtet. Dadurch wird zum einen Vertrauensschutz für Teilnehmende und zum anderen Planungssicherheit für Kursträger gewährleistet.

### **Zu Buchstabe b**

Künftig soll für Bezieher von Arbeitslosengeld I nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch ein eigener Kostenbefreiungstatbestand, vergleichbar der Tatbestände in § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 neue Fassung für Personen, die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, geschaffen werden. Dadurch sollen die Integrationskurse erreichbar werden.

Des Weiteren sollen künftig Personen von der Kostenbeitragspflicht befreit werden, die über ein zu geringes Einkommen verfügen, aus dem sie die Finanzierung des Kurses nicht bewältigen können. Diese „Geringverdienendenregelung“, im Rahmen derer Beschäftigte, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen den Betrag von 20 000 Euro oder bei gemeinsam Veranlagten 40 000 Euro nicht übersteigt, von der Kostenbeitragspflicht befreit werden können, soll im Sinne einer Harmonisierung des „Gesamtprogramms Sprache“ wortgleich zu § 4 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 DeuFöV eingeführt werden. Die Erreichbarkeit der Kurse wird insoweit verbessert.

Bei größeren Fluchtbewegungen ist eine große Anzahl an Zulassungen zum Integrationskurs auszusprechen und aus Gründen der Verwaltungseffizienz von einem Antragserfordernis abzusehen. Die Anzeigepflicht des kostenbefreiten Teilnahmeberechtigten hinsichtlich der etwaigen Änderung der zugrundeliegenden Umstände bleibt weiterhin bestehen.

### **Zu Buchstabe c**

Bislang sieht § 9 Absatz 3 Integrationskursverordnung lediglich vor, dass der Kostenbeitrag über die Kursträger zu entrichten ist. Dabei ist aktuell nicht wörtlich geregelt, wem der Anspruch auf den Kostenbeitrag letztlich zusteht. Die Rechtslage wird durch die Änderung klargestellt. Zudem wird die Anrechnung auf die Kostenerstattung zwischen dem Bundesamt und dem Träger gesetzlich verankert.

### **Zu Buchstabe d**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Durch die Ergänzung in § 9 Absatz 6 IntV wird klargestellt, dass es bei der hälftigen Kostenrückerstattung für die Bestimmung des Fristbeginns nur auf die insgesamt erste (jemals) erteilte, also die älteste Teilnahmeberechtigung ankommt.

Bei der Streichung „nach § 5 Abs. 3 und § 6 Abs. 1“ handelt es sich lediglich um eine redaktionelle Änderung.

#### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Die Frist zur erfolgreichen Absolvierung des Kurses bei Spezialkursen wird von zwei auf drei Jahre verlängert. Dies erfolgt aus den folgenden Gründen: Die festgesetzte Zweijahresfrist ist so bemessen, dass ein allgemeiner Integrationskurs sowie ein Intensivkurs auch mit z.B. krankheitsbedingten Unterbrechungen beendet werden kann. Ausnahme- oder Härtefälle, die zu einer Verlängerung dieser Frist führen können, sind nicht vorgesehen. Nach dem Wortlaut des § 9 Absatz 6 Integrationskursverordnung kommt es ebenso wenig auf ein etwaiges Verschulden oder Nichtverschulden der Teilnehmenden an. Dies führt vor allem bei den im Vergleich zum allgemeinen Integrationskurs (700 Unterrichtseinheiten) längeren Spezialkursen (1000 Unterrichtseinheiten) nicht immer zu sachgerechten Ergebnissen. Ein allgemeiner Integrationskurs, der in Vollzeit, d.h. in der Regel mit 4 Unterrichtseinheiten pro Tag, durchgeführt wird, dauert etwa 7 bis 8 Monate, ein Teilzeitkurs mit weniger Unterrichtseinheiten pro Tag bzw. weniger Unterrichtstagen in der Woche dauert entsprechend länger. Für einen allgemeinen Integrationskurs wird den Teilnehmenden folglich etwas mehr als das Doppelte der notwendigen Zeit zugestanden, um die Frist für die hälftige Rückerstattung einzuhalten. Ein Spezialkurs mit 1.000 Unterrichtseinheiten ist als Vollzeitkurs schnellstens in ca. 10 Monaten zu absolvieren. Gerade die speziellen Kurse wie Eltern- oder Frauenkurse werden – z.B. wegen der besseren Vereinbarkeit mit Kinderbetreuungszeiten – häufiger als Teilzeitkurse angeboten, weswegen diese ca. zwischen 12 und 18 Monaten dauern. Im Vergleich zum allgemeinen Integrationskurs erscheint die Ausweitung der Frist auf 3 Jahre, mithin ebenfalls etwas mehr als das Doppelte der Mindestzeit, als erforderlich und angemessen.

#### **Zu Nummer 6 (§ 11)**

Es handelt sich um eine Folgeänderung. Aufgrund der Neustrukturierung des § 15 IntV wird eine redaktionelle Änderung in § 11 Absatz 2 Satz 3 erforderlich, der auf die Vorschrift zu den Lehrkräften verweist.

#### **Zu Nummer 7 (§ 13)**

### **Zu Buchstabe a**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Der Aufzählung der speziellen Kursarten wird um den im Jahr 2017 eingeführten Kurs für Personen, die nicht oder nicht ausreichend in lateinischer Schrift lesen oder schreiben können, („Zweitschriftlernerkurs“) ergänzt.

#### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Darüber hinaus wird der Klammerzusatz „Förderkurs“ in Ziffer 5 (neu) gestrichen, da sich der Anwendungsbereich für Teilnehmende mit besonderem sprachpädagogischem Förderbedarf nicht nur auf den bereits bestehenden Förderkurs beschränkt.

### **Zu Buchstabe b**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Die Gesamtunterrichtsstunden im Intensivkurs werden von 430 auf 500 erhöht. Hintergrund ist die Erhöhung der Anzahl der Unterrichtsstunden des Orientierungskurses von 30 auf 100 (siehe Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb).

#### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Die Unterrichtsstunden für den Orientierungskurs werden auch im Intensivkurs auf 100 Unterrichtsstunden erhöht. Lediglich im Intensivkurs umfasst der Orientierungskurs bisher nur 30 Unterrichtsstunden. Es kann jedoch gerade im Intensivkurs auf Grund der günstigen Lernvoraussetzungen der Teilnehmenden davon ausgegangen werden, dass die Inhalte des Orientierungskurses noch reflektierter besprochen und somit stärker verinnerlicht werden, als dies bei Teilnehmenden anderer Kursarten der Fall ist. Die Teilnehmenden des Intensivkurses können in der Folge im besten Fall als Multiplikatoren in ihre eigenen Communities hineinwirken, auf diese Weise die Wertevermittlung an Zugewanderte auch außerhalb des Integrationskurses stärken und so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Daher sollte der Orientierungskurs auch im Rahmen eines Intensivkurses 100 Unterrichtseinheiten umfassen, zumal die Zahl der Unterrichtsstunden des Orientierungskurses in allen anderen Kursarten in den letzten Jahren sukzessive von 30 auf nunmehr 100 Unterrichtsstunden (letzte Anhebung von 60 auf 100 im Jahr 2016) angehoben wurde. Anders als im Sprachkurs, den lerngewandte Teilnehmende schneller absolvieren können, hat die Einstufung in den Intensivkurs zudem auch keinen Einfluss auf die erforderliche Dauer zur Vermittlung der Inhalte des Orientierungskurses, da dort kein (wesentlicher) Spracherwerb mehr stattfindet, sondern fachliche Inhalte vermittelt werden.

### **Zu Nummer 8 (§ 14)**

#### **Zu Buchstabe a**

Der Wortlaut wird klarstellend dahingehend geändert, dass zwischen einer Soll- und einer Maximalteilnehmendenzahl unterschieden wird. Daneben ist die noch vorhandene Ausnahmeregelung nicht mehr erforderlich und wird daher ersatzlos gestrichen.

#### **Zu Buchstabe b**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Die Möglichkeit der Durchführung von "Online-Kursen" soll auf alle Kursarten erweitert werden. Bislang ist diese auf allgemeine Integrationskurse und Intensivkurse beschränkt. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung auch in Integrationskursen ist ein möglichst breiter Umsetzungsspielraum erforderlich. Während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass digitale Kursformate und -inhalte auch für Spezialkurse sinnvoll sein können.

#### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Es handelt sich um eine notwendige, redaktionelle Anpassung hinsichtlich des Verweises aufgrund der Änderungen in Absatz 2 neue Fassung, siehe Nummer 8 Buchstabe a.

#### **Zu Buchstabe c**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Unter Umständen, insbesondere in den Fällen des § 14 Absatz 6 Satz 4 neue Fassung, ist es für den Teilnehmenden erforderlich, auch schon vor Abschluss des Integrationskurses

eine Bescheinigung über seine (bisherige) ordnungsgemäße Teilnahme zu erhalten, so dass dies nunmehr ausdrücklich aufgenommen wird.

### **Zu Doppelbuchstabe bb und cc**

In Folge der Ausführungen unter Doppelbuchstabe aa ist auch eine Differenzierung bei der Definition der ordnungsgemäßen Teilnahme angezeigt, die nunmehr danach unterscheidet, ob der Teilnehmer eine Bescheinigung vor oder nach Abschluss des Integrationskurses verlangt.

### **Zu Nummer 9 (§ 15)**

#### **Zu Buchstabe a**

Die Regelungen zur Zulassung von Lehrkräften werden neu strukturiert und präzisiert. Bislang konnte der Norm unter anderem nicht deutlich genug entnommen werden, dass die Zulassung zur Unterrichtung in Integrationskursen auf einem Zulassungsverfahren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge beruht. Daher wird nun klargestellt, dass es sich hierbei um ein verwaltungsrechtliches Antragsverfahren handelt. Die fachlichen Anforderungen werden durch die vorgenommenen Änderungen nicht modifiziert, sondern lediglich an manchen Stellen klargestellt.

Darüber hinaus werden mit der „persönlichen Eignung“ neue Voraussetzungen zur Zulassung einer Lehrkraft eingeführt. Bislang waren in § 15 lediglich fachliche Anforderungen an Integrationskurslehrkräfte normiert. Die neue persönliche Anforderung soll aber auch über die rein fachliche Befähigung hinaus sicherstellen, dass Personen, die im Integrationskurs unterrichten, befähigt sind, gesellschaftliche Werte in der in den Kurskonzepten hinterlegten Form zu vermitteln. Im Rahmen der Prüfung der persönlichen Eignung soll das vom Antragsteller eingereichte Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt werden. Die Gefahr der Vermittlung von Werten und Ansichten durch Lehrkräfte, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen, soll aufgrund des regelmäßigen direkten Kontakts mit den Integrationskursteilnehmern in den Unterrichtseinheiten weitest möglich verhindert werden.

#### **Zu Buchstabe b**

Es wird klargestellt, dass für die Unterrichtung in Alphabetisierungskursen eine zusätzliche Zulassung erforderlich ist, die gesondert neben der allgemeinen Zulassung beantragt werden muss.

#### **Zu Buchstabe c**

Zwecks Qualitätssicherung wird vorgesehen, dass das Bundesamt bestimmen kann, dass Lehrkräfte für die Unterrichtung in Online-Kursen gemäß § 14 Absatz 3 nicht nur über die ohnehin obligatorische Zulassung nach Absatz 1 beziehungsweise Absatz 2 verfügen müssen, sondern darüber hinaus auch eine vom Bundesamt anerkannte ausreichende Qualifikation und Eignung zur Unterrichtung in Online-Kursen vorweisen müssen. Sofern das Bundesamt dies fordert, darf die Lehrkraft nicht in Online-Kursen unterrichten, solange sie die erforderliche Qualifikation und Eignung nicht vorweisen kann. Die Befugnis zur Unterrichtung in Kursen, die nicht in Form von Online-Kursen nach § 14 Absatz 3 stattfinden, bleibt davon unberührt.

#### **Zu Buchstabe d**

Es wird klargestellt, dass Einrichtungen, die vom BAMF geförderte Zusatzqualifizierungen anbieten wollen, ebenfalls einer Zulassung des Bundesamtes bedürfen.



### **Zu Buchstabe e**

Die Neustrukturierung des § 15 erfordert in Absatz 5 Satz 3 eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu Nummer 10 (§ 15a)**

Mit dem neuen § 15a wird eine Rechtsgrundlage zum Widerruf der Zulassung als Lehrkraft geschaffen, welche die allgemeinen Regelungen zu Rücknahme und Widerruf gemäß §§ 48 ff. VwVfG ergänzt und konkretisiert.

### **Zu Nummer 11 (§ 16)**

Es wird klargestellt, dass die Zulassung von Lehr- und Lernmitteln nur auf Antrag erfolgt.

### **Zu Nummer 12 (§ 17)**

### **Zu Buchstabe a**

Durch die Normierung der Anerkennung anderer gleichwertiger Sprachnachweise anstelle des DTZ im Rahmen der Bescheinigung der erfolgreichen Teilnahme (vergleiche § 17 Absatz 4) wird das Anerkennungsverfahren insgesamt konkretisiert. Als Voraussetzungen für die Anerkennung eines solchen anderweitigen Sprachnachweises wird festgelegt, dass es sich um eine standardisierte Sprachprüfung handeln muss, die vom Bundesamt als dem DTZ gleichwertig anerkannt ist, dass in dieser Prüfung ebenfalls das Sprachniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen erreicht werden muss, dass dieser Nachweis von den Teilnehmenden spätestens bei der Anmeldung beim Kursträger vorgelegt werden muss und dass er nicht älter als ein Jahr sein darf. Die Vorlage des Nachweises spätestens bei Anmeldung beim Kursträger ist erforderlich, da in diesem Fall wegen des bereits erreichten Sprachniveaus B1 eine Sperrung der Förderung des Sprachkurses für die betroffene Person eintritt. Es kann dann allenfalls noch die Teilnahme am Orientierungskurs gefördert werden. Ließe man auch eine zeitlich spätere Vorlage des Sprachnachweises ausreichen, stellt dies nicht nur eine Anreizwirkung zur Umgehung der Abschlusstests des Integrationskurses dar, sondern führt auch dazu, dass die oben genannte Sperrwirkung für den Kursbesuch nicht aktiviert wird. Dies wiederum hat zur Folge, dass ggf. ohne entsprechende Erforderlichkeit Sprachkursabschnitte des Integrationskurses als geförderter Teilnehmer absolviert werden, für die sich anschließend zudem noch die Frage der hälftigen Kostenbeitragsrückerstattung nach § 9 Absatz 6 stellt. Auf der anderen Seite darf der Nachweis bei Vorlage beim Kursträger nicht älter als ein Jahr sein, um auszuschließen, dass ein früher erworbener Sprachstand nicht wieder verloren gegangen ist und daher dann eine eigentlich notwendige Förderung versagt wird.

### **Zu Buchstabe b**

### **Zu Doppelbuchstabe aa und bb**

Das vom BAMF auszustellende „Zertifikat Integrationskurs“ unterliegt aufgrund seiner möglichen Bedeutung unter anderem für die vorzeitige Einbürgerung, die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis und die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis einer hohen Fälschungssicherheit. Eine Ausstellung des Zertifikats etwa in digitaler Form kommt aufgrund der fälschungssicheren Merkmale nicht in Betracht. Durch das Einfügen des Schriftformerfordernisses wird sichergestellt, dass das Abschlusszertifikat auch künftig von einer digitalen Ausstellung beziehungsweise Übermittlung ausgeschlossen bleibt.

### **Zu Doppelbuchstabe cc**

In Satz 5 ist eine redaktionelle Anpassung aufgrund des neu eingefügten Satz 2 erforderlich.

## **Zu Nummer 13 (§ 19)**

### **Zu Buchstabe a**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Die Erklärung über die Gewerbeuntersagung ist in Folge des künftig geforderten Gewerbezentralregistrauszugs nicht mehr erforderlich (siehe Nummer 13 Buchstabe c).

#### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Das Bundesamt soll über ausländische Verfahren und Strafen auch durch die Erklärung in Kenntnis gesetzt sein, wenn der Wohnsitz und gewöhnliche Aufenthalt während dieser Zeit nicht überwiegend im Ausland war, sodass die Streichung dieses einschränkenden Merkmals erfolgt.

### **Zu Buchstabe b**

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

### **Zu Buchstabe c**

Darüber hinaus haben Antragsteller ihrem Antrag gemäß § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 neue Fassung einen aktuellen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beizufügen. Ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister gibt unter anderem Auskunft über strafgerichtliche Verurteilungen sowie über Gewerbeuntersagungen. Um zu verhindern, dass Kursträger mit entsprechenden Eintragungen öffentliche Finanzmittel erhalten, ist die Vorlage eines solchen Nachweises erforderlich.

### **Zu Buchstabe d**

Es wird die Möglichkeit des Erfordernisses eines Nachweises über die Anzeige des Gewerbes für natürliche Personen in § 19 Absatz 1 Satz 2 neue Fassung ergänzt. Juristische Personen als Antragsteller müssen einen Auszug aus dem Handels- oder Vereinsregister vorlegen, um ihre Geschäftstätigkeit und ihre Verantwortlichkeit zu belegen. Der Nachweis über die Gewerbeanzeige ist für natürliche Personen ein dem Auszug aus dem Vereins- oder Handelsregister entsprechender geeigneter Nachweis.

## **Zu Nummer 14 (§ 20)**

### **Zu Buchstabe a**

Im Rahmen der Entscheidung über Folgezulassungsanträge wird künftig eindeutig geregelt, dass auch bereits erfolgte Verkürzungen der Zulassungsdauer nach § 20 Absatz 2 Satz 4 aufgrund des Unterschreitens der vom BAMF festgelegten Vergütungsuntergrenze für Honorarlehrkräfte zu berücksichtigen sind und eine Folgezulassung auch allein aufgrund bereits erfolgter Verkürzungen der Zulassungsdauer abgelehnt werden kann. Denn bisher können Träger, die sich weigern, Honorarlehrkräfte gemäß der geltenden Vergütungsuntergrenze (derzeit 42,23 Euro pro Unterrichtseinheit) zu bezahlen, stets erneut eine auf ein Jahr verkürzte Zulassung (einjährige "Kettenzulassungen") erhalten, so dass kein Anreiz für Träger besteht, diese Praxis zu ändern. Durch die Ergänzung kann die verkürzte Zulassungsdauer aufgrund vorangegangener Unterschreitung der Vergütungsuntergrenze bei der Entscheidung von Folgezulassungen ausdrücklich berücksichtigt werden. Dadurch wird gleichzeitig ein Anreiz für Träger gesetzt, sich der Vergütungsuntergrenze anzupassen. Auf eine erstmalige Zulassung eines Trägers hat diese Regelung keine Auswirkungen.

### **Zu Buchstabe b**

Die Regelungsbefugnis des Bundesamtes für die Abrechnung von Integrationskursen nach der Integrationskursverordnung wird in Absatz 6 ergänzt, um Einzelheiten der Abrechnung zu konkretisieren.

### **Zu Nummer 15 (§ 20a)**

In Absatz 2 Nummer 4 wird die Bezeichnung Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat anlässlich des Organisationserlasses des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 durch die Bezeichnung „Bundesministerium des Innern und für Heimat“ ersetzt.

### **Zu Nummer 16 (§ 20b)**

#### **Zu Buchstabe a**

Aufgrund der Änderungen in § 14 Absatz 6 wird eine redaktionelle Anpassung bei dem Verweis in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 erforderlich.

#### **Zu Buchstabe b**

Der Hinweis darauf, dass die Regelungen des § 20b die allgemeinen Regelungen zur Aufhebung von Verwaltungsakten nach den §§ 48, 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes nur ergänzen und konkretisieren, wird redaktionell angepasst.

### **Zu Nummer 17 (§ 21)**

Die Bezeichnung „Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat“ wird anlässlich des Organisationserlasses des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 durch die Bezeichnung „Bundesministerium des Innern und für Heimat“ ersetzt.

### **Zu Nummer 18 (§ 22)**

Die in § 22 enthaltenen Übergangsregelungen zum Fahrtkostenverfahren sowie die Regelung der verschiedenen Kostenbeiträge sind nicht mehr von Relevanz und werden daher gestrichen. Die neue Übergangsregelung zu § 22 Absatz 1 erfolgt aus Vertrauensschutzgesichtspunkten, die Regelungen in § 22 Absatz 2 und 4 aufgrund erforderlicher technischer Umstellungen. Teilnehmende, die vor in Kraft treten der Neuregelung des § 9 Absatz 6 Satz 2 erstmals eine Berechtigung erhalten haben, kennen die Frist von zwei Jahren. Für Teilnehmende, die ihre erstmalige Berechtigung nach Inkrafttreten erhalten, besteht von Anfang an eine neue Regelung und sie können sich entsprechend darauf einstellen.

### **Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)**

Regelung des Inkrafttretens der Verordnung.

Das Inkrafttreten nach Absatz 2 zum 1. Mai 2023 erfolgt vor dem Hintergrund erforderlicher technischer Umstellungen.